

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich A. Meißnerfeld, Magdeburg, für Inserate: W. Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag B. Pfannkuch & Co., Magdeburg. Fernspr. Amt Norden 23661—23665, Nachruf (ab 19 Uhr) 23651. Postzeitungsliste Seite 120. — Bezugspreis: Monatl. 2,30, Abholer 2,00 Mk., Einzelpreis 15 Pf., Sonntags 20 Pf. — Anzeigenpreise für die Hauptausgabe: 1 mm Höhe und 27 mm Breite lokal 18, auswärts 15 Pf., Sammleranzeigen u. Stellenangebote 8 Pf., Reklame 1 mm Höhe u. 90 mm Breite lokal 75, auswärts 90 Pf., Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 14 Tagen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen unterm Text 33 1/2 % Anschlag. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen bei nicht rechtzeitiger Aufgabe keine Gewähr. Nachdruck ohne schriftl. Genehmigung ist untersagt. Erfüllungsort Magdeburg. Postfachkonto 122 Magdeburg (B. Pfannkuch & Co., Magdeburg).

Nr. 43

Donnerstag den 20. Februar 1930

41. Jahrgang

Adolf Köster gestorben

Der deutsche Gesandte in Jugoslawien, Dr. Adolf Köster, ist am Dienstagabend in Belgrad gestorben. An sich hatte Dr. Köster auch die zweite Operation gut überstanden. Am Dienstag ließ das Herz jedoch immer mehr zu wünschen übrig. Den Tag über schlief der Patient. Abends gegen 6 Uhr wachte er auf und zeigte sich nochmals bei vollem Bewußtsein. Bald darauf ist Dr. Köster sanft entschlafen. Um 7.20 Uhr stellten die Ärzte den Tod fest. Am Totenbett weilte Frau Dr. Köster mit ihren Söhnen.

Dr. Köster wird nach seinem Wunsch in seiner Vaterstadt Blankenese bei Hamburg beigesetzt werden.

Dr. Adolf Köster, am 8. März 1883 als Sohn eines Zollbeamten in Verden (Westfalen) geboren, war in Hamburg aufgewachsen. Er besuchte dort Volksschule und Gymnasium und studierte später Philosophie. Mit 28 Jahren wurde er Privatdozent in München. Bald widmete er sich jedoch völlig dem schriftstellerischen Beruf. Er schrieb eine Anzahl von Romanen, von denen besonders „Die bange Nacht“ ihm einen guten Ruf als Romanist und Schriftsteller eintrug. Der Sozialdemokratischen Partei hatte sich Köster schon in jungen Jahren angeschlossen. Er leitete eine Zeitlang vor dem Weltkrieg die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart. Er unternahm auch kurz vor dem Krieg eine Weltreise, die ihn besonders nach den deutschen Kolonialgebieten in Afrika führte und die ihm ermöglichte, seine fremdsprachigen Kenntnisse zu vervollständigen.

Während des Krieges schrieb er als Kriegsberichterstatter Berichte für die sozialdemokratische Presse, sowohl von der Westfront wie auch von andern Kriegsschauplätzen. Bezeichnend dafür, daß er dabei seine sozialistische Überzeugung nicht verleugnete, ist folgende Tatsache: Kürzlich erschien in einer Belgrader Zeitung wörtlich abgedruckt der Kriegsbericht, in dem Köster im Frühjahr 1916 die Einnahme von Belgrad durch die Truppen der Zentralmächte geschildert hatte. Das serbische Blatt betonte dabei, daß es diesen Artikel ausgegraben und übersetzt hätte als Beweis dafür, wie der jetzige deutsche Gesandte in Jugoslawien auch mitten im Krieg objektiv über die erlebten Geschehnisse und über die feindlichen Truppen berichtet hätte.

Nach der Revolution war er zunächst als einer der nächsten Mitarbeiter Friedrich Eberts in der Reichskanzlei tätig. Später beauftragte Ebert ihn mit der Vertretung der deutschen Interessen bei der schleswigischen Volksabstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung in der zweiten Zone war trotz der wirtschaftlichen Nöte und politischen Wirren ein großer Erfolg für Deutschland. Diese Abstimmung fand gerade am Tage des Stapp-Rußens statt. Nach der Niederwerfung des Russens und der Umbildung der Reichsregierung berief ihn der neue Reichskanzler Hermann Müller als Reichsaußenminister, was bei seinem damaligen jungen Alter — 37 Jahre — allgemein Aufsehen erregte. Er blieb nur wenige Monate in diesem Amte. Später wurde er im zweiten Kabinett Wirth Reichsminister des Innern und blieb es über 1 Jahr. Von Oktober 1921 bis November 1922. Er hat damals namentlich auf dem Gebiet der Personalpolitik energisch im republikanischen Sinne durchgegriffen. Nach dem Rücktritt Wirths wurde er Gesandter in Nizza und blieb dort bis März 1928; dann bestimmte man ihn endlich für den wichtigen Belgrader Gesandtenposten, wo er sehr bald allgemeines Ansehen genoß und viel für die Festigung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen leistete. Er gehörte zu denen, die für den demnächst fälligen Völkervertrag in London am stärksten in Frage kamen.

Mit seinen Familienangehörigen trauert an der Bahre das viel zu früh Dahingegangene die deutsche Sozialdemokratie, der sehr ganzes Wirken bis zum letzten Atemzug gegolten hat, und für die er nach seinen eignen Äußerungen noch so vieles Gute und Nützliche schaffen wollte. Was Köster geleistet und geschaffen hat, wird innerhalb der deutschen Sozialdemokratie niemals vergessen werden.

Teilnahme in Belgrad

Belgrad, 19. Februar. Der Tod des deutschen Gesandten Dr. Adolf Köster hat hier tiefe Anteilnahme hervorgerufen. Als einer der ersten ließ der König den trauernden Hinterbliebenen sein Beileid übermitteln. Es folgten sämtliche Mitglieder der Regierung, bei der Dr. Köster, trotz seiner entgegen gesetzten parteipolitischen Auffassung, wegen seiner außerordentlich großen diplomatischen Fähigkeiten in hohem Ansehen stand. Als der Tod seinen Eingang in Kösters Krankenzimmer ge-

halten hatte, wurde die schwarzrotgoldene Fahne der deutschen Gesandtschaft auf Halbmast gehißt. Auch zahlreiche Gebäude der jugoslawischen Regierung setzten ihre Flaggen zu Ehren des verstorbenen Diplomaten auf Halbmast. In der deutschen Kolonie, wo sich die Nachricht von dem Tode Dr. Kösters wie ein Lauffeuer verbreitete, sah man bereits am Dienstagabend zahlreiche auf Halbmast gehißte Fahnen der deutschen Republik.

Vor der Ueberführung der Leiche Dr. Kösters ist eine Trauerfeier im Gebäude der deutschen Gesandtschaft in Belgrad geplant,

Keine Einschränkung der Sozialpolitik

Wissell gegen Moldenhauer

Das Reichskabinett hat sich in seiner Nachmitztagung vom Montag zum Dienstag mit den Ausgabenverträgen im Etat von 1930 beschäftigt. Wenn auch noch einige Fragen ungeklärt sind, so sieht doch im wesentlichen jetzt die Ausgabenseite des Etats fest. Immerhin erfordert die offiziöse Mitteilung, daß die Beratungen „in allen wesentlichen Punkten“ zu einer Einigung geführt haben, eine Einschränkung.

Diese Einschränkung bezieht sich im wesentlichen auf die Beschlässe des Kabinetts zum Etat des Reichsarbeitsministeriums. Seit langem bestehen hier Differenzen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Finanzministerium, die nun durch das Kabinett entschieden wurden.

So ist der Ansatz für die Wöchnerinnenhilfe, die das Reich seit mehr als einem Jahrzehnt bezahlt, von 29 Millionen auf 15 Millionen gekürzt worden. Der gekürzte Betrag von 14 Millionen soll entweder durch eine Kürzung der Leistungen der Wochenhilfe aufgebracht oder von den Krankenkassen übernommen werden.

Aus den Mitteln, die das Reich aus Zollerträgen für die Gesundheitsförderung der Invalidenvericherung zur Verfügung stellt und die alljährlich 40 Millionen betragen, sind 20 Millionen getrichen worden. Sie sollen in den Etat für 1935 eingesezt werden.

Die Entscheidung über die Höhe des Zuschusses für die produktive Erwerbslosenfürsorge wurde ausgesetzt bis zur Klärung der Frage, ob diese Mittel nicht zum Teil auf dem Kreditweg beschafft werden können. Einweilen wird im Etat nur die Summe von 30 Millionen erscheinen. Bei den Navalabfindungen für kriegsbeschädigte bleibt es bei dem vorjährigen Etatansatz von 63 Millionen. Der Versuch, den früheren Ansatz von 88 Millionen wiederherzustellen, mißlang.

Alle diese Entscheidungen über den Etat des Reichsarbeitsministeriums sind gegen den entschiedenen Widerstand des sozialdemokratischen Arbeitsministers Wissell getroffen worden. Wie ernst dieser Widerstand zu bewerten ist, zeigt seine Erklärung, daß er diese gegen die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder zustande gekommenen Beschlüsse nicht vertreten könne und seine abweichende Stellung zum Ausdruck bringen werde. Damit ist bereits angedeutet, daß sich auch die so-

an der die Spitzen der jugoslawischen Behörden und die deutsche Kolonie teilnehmen werden. —

Beileid der Reichsminister

Berlin, 19. Februar. (Eigener Drahtbericht). Das Reichskabinett ebenso wie die Sozialdemokratische Partei werden zu den Beisetzungsfeierlichkeiten für Adolf Köster Vertreter entsenden. Reichskanzler Hermann Müller, Reichsaußenminister Curtius und verschiedene andre Minister haben der Witwa des Gesandten herzliche Beileidstelegramme übermittelt.

Staatssekretär von Schubert hat heute vormittag bei einer Direktorenbesprechung im Auswärtigen Amt dem Verstorbenen einen warmherzigen Nachruf gewidmet. —

zialdemokratische Reichstagsfraktion, die in diesen Fragen immer völlig einig war, mit dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister mit dieser Entscheidung des Kabinetts nicht abfinden wird. —

Die Young-Gesetze in den Ausschüssen

Der Auswärtige Ausschuß und der Haushaltsauschuß des Reichstags setzten am Dienstag die Aussprache über die Young-Gesetze fort.

Abg. Dr. Hockisch (Christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft) stellte fest, daß durch die Ausarbeitung des Schiedsgerichtsentwurfs im Young-Plan ein Fortschritt in der Reparationsregelung erreicht sei.

Die Beratungen wandten sich dann der Novelle zum Bankgesetz zu. Den grundlegenden Bericht gab Staatssekretär Dr. Trendelenburg (Reichswirtschaftsministerium). Er setzte eingehend die Unterschiede der neuen Regelung gegenüber der Zwangsregelung nach dem Dawes-Plan auseinander. Insbesondere habe die Neuordnung des Beschäftigungsrechts des Reichspräsidenten bei der Wahl des Reichsbankpräsidenten in ein echtes Verwaltungsverhältnis nach dem Dames-Plan ausgedehnt. Insbesondere habe die Neuordnung des Beschäftigungsrechts des Reichsbankpräsidenten fortan gleichfalls von der Beschäftigung durch den Reichspräsidenten abhängig. Weiter bedürfe die Abberufung des Präsidenten oder eines Mitgliedes des Direktoriums der Beschäftigung des Reichspräsidenten.

Abg. Dernburg (Dem.) betonte, daß das neue Bankgesetz die Grundlage der deutschen Währung in seiner Weise berühre, da die Deckungsvorschriften unberührt geblieben seien.

Abg. Herzig (Soz.) gab zu, daß das vorliegende Gesetz nicht für den derzeitigen Reichsbankpräsidenten gemacht werde. Der derzeitige Reichsbankpräsident habe aber die Mängel der jetzigen Gesetzgebung sehr deutlich in Erscheinung treten lassen. Die jüngste Rede des Reichsbankpräsidenten bei der Schaffher-Mahlzeit in Bremen sei wieder ein Beispiel von Geschmacklosigkeit und Ungezogenheit gewesen. Die Sozialdemokratie halte die Bestimmungen über Ernennung und Abberufung des Reichsbankpräsidenten für unbedenklich. In der Frage der Lombardierung von kommunalanleihen stimmten seine Freunde der Haltung des Reichsrats zu. Es bedeute eine Diskriminierung der Kommunen, wenn ihre Anleihen nicht bei der Reichsbank lombardierbar sein sollen. —

Erklärung der Steuerlichen

Berlin, 19. Februar. In einer mit 30 „prominenten“ Unterschriften versehenen Erklärung wird neuerdings wieder der Ruf nach einer starken Steuererhöhung und nach Rationalisierung erhoben. Auch Reichsbankpräsident Zucht hat unterzeichnet. Außerdem findet man unter der Erklärung die Namen zahlreicher Persönlichkeiten aus Handel und Industrie. Was nutzt das alles. Die Modifizierung noch so zahlreicher Professions- und Industriekartelle wird an den harten Riffen der Reichsfinanznot nichts ändern. —

Finanzpolitische Forderungen der Gewerkschaften

Der in Berlin verammelte Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes nahm zu den brennenden Finanzfragen am Dienstag diese Entschlieung an:

Der Bundesausschuß des ADGB sieht in der Neuordnung der Reparationsfrage durch das Haager Abkommen einen weiteren entscheidenden Schritt auf dem Wege der Befreiung der besetzten deutschen Gebiete, der Entspannung der internationalen politischen Atmosphäre, der dringend erforderlichen Besserung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern.

Die Erleichterung der Reparationslast, die der „Neue Plan“ für Deutschland bringt, bedeutet eine gegenüber dem Dawes-Plan nicht unwesentliche Entlastung des deutschen Volkes. Diese Entlastung kann jedoch vorerst nicht, wie es wünschenswert gewesen wäre, in einer allgemeinen Steuerermäßigung zum Ausdruck gelangen. Sie muß zunächst Verwendung finden zur Gesundung und Neuordnung der Reichsfinanzen.

Die gegenwärtige Kollage der Reichsfinanzen erfordert darüber hinaus noch die Erschließung neuer, außergerichtlichlicher Einnahmequellen. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen, der Herstellung des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben, kann Deutschland nicht die ihm gestellten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben erfüllen. Gesunde Reichsfinanzen sind die Grundlage einer gesunden Wirtschaft und ebenso die Vorbedingung

für eine beständige, dem technischen Fortschritt entsprechende Sozialpolitik.

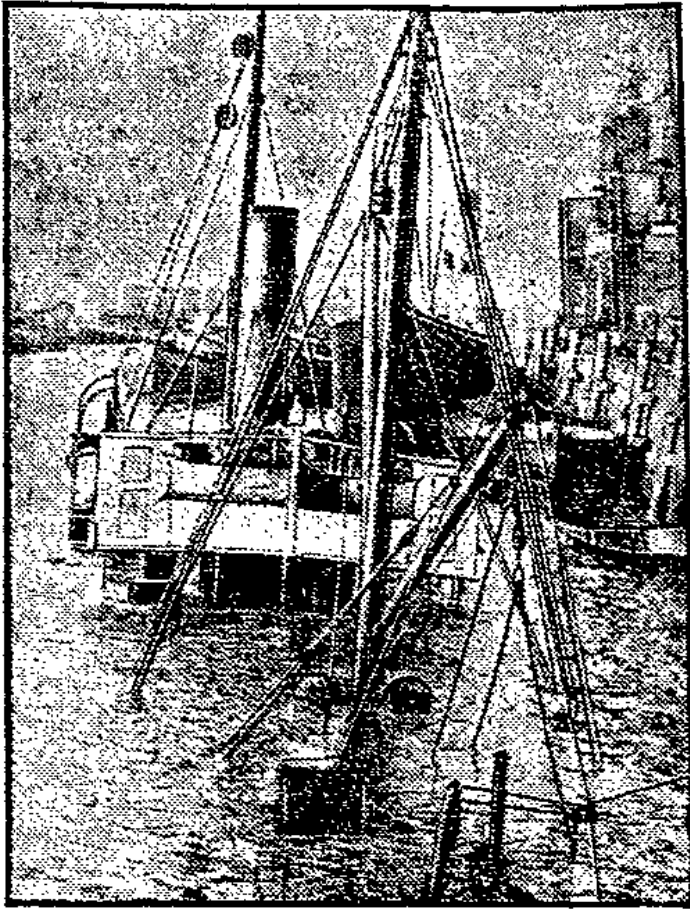
Der Bundesausschuß des ADGB erhebt Protest gegen die immer wiederkehrenden Versuche sozialistischer Kreise, unter Berufung auf die gegenwärtige Finanznot des Reiches den Staat von seinen sozialen Verpflichtungen zu entbinden und damit die sozialen Einrichtungen zu verkrüppeln.

Er vermahnt sich ferner gegen alle Versuche, durch Maßnahmen irgendwelcher Art, sei es sozialer oder steuerlicher Natur, eine Verschiebung der Lastenverteilung zugunsten der munderbemittelten Bevölkerung herbeizuführen.

Zur Behebung der gegenwärtigen Finanznot des Reiches wie zur Sicherstellung der Mittel für seine sozialen Verpflichtungen soll ein prozentual festzusetzender Anteil als Notopfer aller Steuerpflichtigen aus Besitz und Einkommen erhoben werden.

Der Abschluß der Reparationsverhandlungen hat Klarheit geschaffen über Deutschlands finanzielle Verpflichtungen gegenüber seinen Gläubigern. Damit ist die Zeit gekommen für einen planmäßigen Aufbau des deutschen Finanzsystems. Die Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, die Vereinfachung des Verwaltungssystems mit dem Ziele der Schaffung des Einheitsstaates, die erforderlichen Umbauten des Steuerwesens sollten nunmehr un verzögert in Angriff

Schiffszusammenstoß im Hamburger Hafen



Die aus dem Wasser hervorragenden Teile des dänischen Dampfers Esbern, der im Hamburger Hafen mit dem Dampfer Carl (ebenfalls dänischer Nationalität) zusammenstieß, schwer beschädigt beidrehte und schließlich an der Kaiwand sank. —

Kleine Chronik

Explosionsunglück in Amerika

r New York, 19. Februar. In der Raffinerieanlage der Standard-Oil-Company in Linden (New-Jersey) ereignete sich am Dienstag eine außerordentlich starke Explosion, durch die fünf Arbeiter getötet, 17 schwer und 46 leicht verletzt wurden.

Der Explosion folgte ein Großfeuer, das in dem reichlichen Nachraum und dem zahlreichen Werkgebäude zum Opfer fielen, obwohl die Flammen nach nicht allzu langer Zeit gelöscht werden konnten. Die Explosion erschütterte die ganze Stadt und verursachte eine große Panik. Die Ursache des Unglücksfalls ist nicht bekannt. —

Aufgeklärter Mord

Das Berliner Raubdezernat der Kriminalpolizei verhaftete im Kriebel in der Lausitz die beiden Brüder Albert und Fritz Schmidt als die Schuldigen an dem dort vor 10 Tagen verübten Raubüberfall auf zwei Postbeamte, denen ein Postbeutel mit 10 000 Mark Anleiheausgaben entzogen worden war.

Die Räuber entkamen damals in den Wald; ihre Identität mit den Brüdern Schmidt, die wegen früherer Straftaten bereits verdächtig waren, wurde nach einer Wohnungsdurchsuchung festgestellt, bei der man eine Rolle fünfzig-Pfennig-Stücke fand, die nach den Aufdruck „Reichspost Berlin“ trug.

Auch die Mutter wurde festgenommen. Zunächst leugnete die Familie die Tat ab, bequeme sich aber schließlich zu einem Geständnis, nachdem man ihr ihre großen Geldausgaben der letzten Tage vorgeworfen hatte. Fritz Schmidt verjuchte sich im Gefängnis zu erhängen, wurde aber rechtzeitig verhindert. Im Verdacht der Täterjagd stehen außerdem die verheiratete Schwester der beiden Brüder und die Geliebte des Fritz Schmidt. —

Freispruch nach 21 Jahren

Der Kaufmann Karl Schlipfert wurde im Wiedernahmeverfahren des Erweiterten Schöffengerichts in Düsseldorf vor der Verleitung zum Meined freigesprochen.

Schlipfert war wegen dieses Vergehens im Jahre 1908 zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden und hatte seine Strafe abgeessen. Der Hauptbelastungszeuge widerrief später seine Verurteilung, hielt sie jedoch bei der jetzigen Verhandlung wieder aufrecht. Der Freispruch erfolgte wegen Mangel an Beweisen. —

Berliner Autodiebs-AG.

„Baudiaq“, das heißt „Berliner Autodiebs-AG.“ nannte sich eine Verbrechergesellschaft, von der zwölf Mitglieder durch die Arbeit der Berliner Kriminalpolizei dingfest gemacht werden konnten. Die Aktionäre sind Burjchen im Alter von 20 bis 25 Jahren, die bis jetzt 15 Autodiebstähle, 18 Einbrüche und vier Einbruchsbefugnisse zugeben.

Die Zentrale der „Aktiengesellschaft“ war ein Lokal in der Linienstraße im Norden Berlins, wo in regelmäßigen Sitzungen die Beute nach streng kaufmännischen Prinzipien verteilt wurde. Die Bande ist für ihre Begriffe geradezu „gentlemanlike“ vorgegangen, indem sie die gestohlenen Autos weder verkaufte, noch ausschaltete, sondern nur ihres losen Inhalts an Dedes, Papieren usw. beraubte, um sie dann wieder irgendwo stehen zu lassen — womit auch der eigenartige Umstand erklärt wird, daß

fast sämtliche in Berlin in der letzten Zeit gestohlenen Autos wieder aufgefunden worden sind.

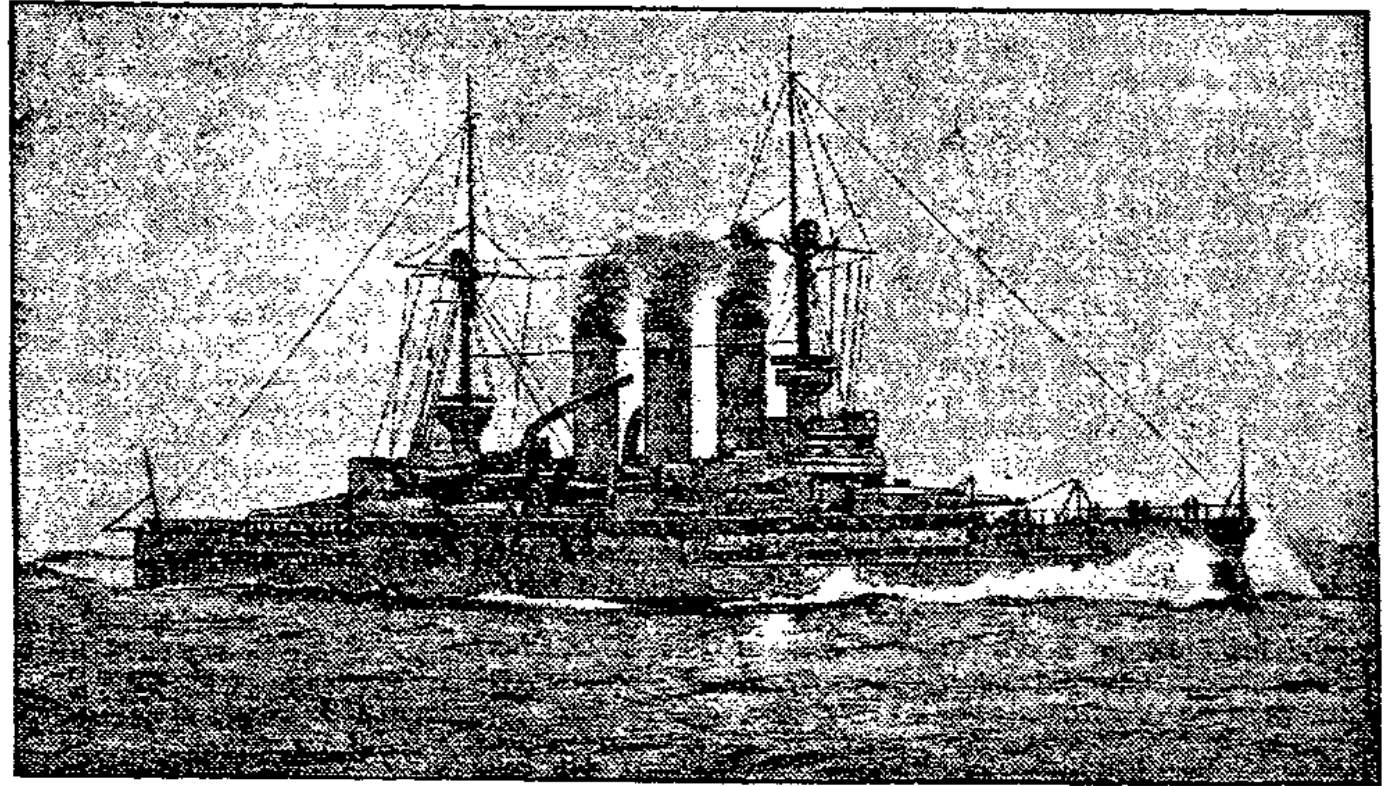
Außerdem wurden die Wagen zu Einbruchsfahrten, von denen besonders die Zumbelen-, Radio- und Photobranche betroffen wurde, benutzt. Die Beute der Einbrüche wurde an Helfer verkauft.

Das Tätigkeitsgebiet der „Baudiaq“ war außer Berlin nach Bernau, Biesenthal, Eberswalde, Finow, Prenzlau, Pasewalk und Straußberg. „Teilhaber“ der Aktiengesellschaft sind nicht nur aktive Aktionäre, sondern auch eine Reihe „passiver“, d. h. Diebe, die früher wegen anderer Delikte abgeurteilt worden sind und zurzeit hinter Mauern wohnen.

Die aktiven Baudiaqisten wurden alle in den letzten Tagen bei ihren Freundinnen festgenommen. —

Linien Schiff Elfaß wird außer Dienst gestellt

Das 1903 erbaute Linien-Schiff Elfaß wird jetzt außer Dienst gestellt. An seine Stelle tritt das umgebaute Linien-Schiff Hannover. —



Rheinisches Abenteuer

Ein amerikanischer Fabrikantensohn, der kürzlich in der Frankfurter Gegend zu Besuch weilte, machte eine Tour zum Rhein. Vielleicht hatte er da einiges über den Wein und insbesondere die Mädchen gehört, vielleicht aber wollte er sich wirklich nur dem Rhein ansehen. Er bezog ein Hotel in einer rheinischen Stadt. Einen Tag später zog bereits in sein Nebenzimmer im Hotel eine junge Dame von wirklich auffällender Schönheit. Leider war sie unnahbar. Von Unnahbarkeit hielt der Amerikaner nun gar nichts und bemühte sich deshalb ganz energisch um seine Nachbarin. Nach einer Woche schmolz das Eis. Frau G. verabredete sich mit dem Fabrikantensohn sogar für einen Abend. Man lernte sich immer besser kennen, machte Ausflüge, und der Grad der Vertraulichkeit stieg schnell. Frau G. gab an, von ihrem Manne getrennt zu leben.

Eines Abends war der Amerikaner noch zu später Stunde mit Frau G. auf deren Hotelzimmer zusammen, als draußen jemand dringend Einlass begehrte. Ein Herr trat ins Zimmer, bei dessen Anblick Frau G. aufschrie und vollkommen verstört und verängstigt von einem zum andern blickte. „Ich bin ihr Mann“, erklärte der Herr dem Manne, der bei seiner Frau auf dem Zimmer saß. Die Frau bestätigte dies dem Amerikaner mit einem abkennenden Kopfnicken. Herr G. wollte jetzt auf den Amerikaner los, aber die Frau warf sich dazwischen. Es folgte eine entwürdigende Szene. Schließlich flüsterte Frau G. ihrem Freunde zu: „Biete ihm Geld.“ Das war eine für die Situation wahrgelassene Zumutung, aber es mußte versucht werden, um den unangenehmen Gatten loszuwerden. Herr G. sah schließlich ein, daß ihm das Treiben seiner Frau in Zukunft doch einerlei zu sein habe und willigte ein, die beiden in Ruhe zu lassen. Ein Scheck von 6000 Mark wurde ihm ausgehändigt. Als der Gatte gegangen war, verließ die Frau in Weintrümpfen. Trotz des heftigen Widerstands ihres Freundes bestand sie auf einer Trennung, weil es unmöglich sei, einem Manne unter die Augen zu treten, dem durch ihre Schuld solches angetan worden sei. Sie verließ am andern Tag die Stadt.

Nachdem dem Fabrikantensohn der Scheck am andern Tage klarer geworden war, bereute er die bereitete Trennung und

faßte außerdem den Entschluß, seine Schöne von ihrem frechen Expressegatten zu befreien. Er beauftragte eine Detektive, nach den beiden zu forschen. Schon nach drei Tagen wurde er von einem Beamten des Auskunftsbüros nach Berlin beordert, wo er in einem Nachtlokal seine Schöne wiederfinden sollte. Wer beschrieb aber das Erschrecken des Amerikaners, als er in Berlin in dem Lokal Frau G. — und ihren Gatten sitzen sieht, die sich lachend und vertraulich unterhalten. Jetzt wurde ihm der Knopf noch bedeutend klarer. Er ließ nämlich die beiden verhaften. Sie mußten ihre Komödie abgeben, als es sich herausstellte, daß die beiden auf die gleiche Art wie am Rhein bereits in Amsterdam ein Opfer gertupft hatten.

Lotteriegewinn nach 4 1/2 Jahren ausgezahlt. Nach fast 4 1/2 Jahren ist jetzt endlich der dritte Hauptgewinn der Kölner Jahrestausend-Ausstellungslotterie ausgezahlt worden. Das Los war feinerzeit abhandeln gekommen und bei dem Aufgebotsverfahren, das die Stadt Köln einleitete, hatten sich nicht weniger als 32 Personen gemeldet, die das Los erworben und verloren haben wollten. Das Landgericht in Köln erkannte unter den 32 Personen einen Metzger aus Köln als den rechtmäßigen Losbesitzer an und sprach ihm den Gewinn zu. Nach einem Vergleich mit der Stadt Köln wurden jetzt 30 000 Mark in bar an den Metzger ausgezahlt.

Gastwirtsdrama bei Nürnberg. Der Wirt Hans Bad, der Kaffeewirtschaft Schloß Steinach am Ludwigskanal bei Fürth, wurde am Dienstagmorgen am Fensterkreuz erhängt aufgefunden, während seine Frau und sein 18 Jahre alter Sohn erdrückt im Bett lagen. Als Motiv gibt Bad in einem hinterlassenen Brief die schlichten wirtschaftlichen Verhältnisse an. Wenige Stunden nach Vollendung des Dramas sollte „Schloß Steinach“, das Bad nicht viel länger als ein Jahr in Nacht gehabt hatte, versteigert werden. —

Wolkenbruchkatastrophe auf Kreta. Die griechische Insel Kreta wurde in den letzten Tagen wiederholt von Erdbeben und Wolkenbrüchen heimgesucht. In zehn Dörfern stürzten sämtliche Häuser ein. 30 Personen wurden verwundet. Der Materialschaden wird auf annähernd 10 Millionen Mark beziffert. —

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck: Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.

Advertisement for Kurmark Cigarettes. It features a central illustration of a woman's face with a crown, surrounded by ornate borders and text. The text includes 'Ich, der Herold unserer Arbeit, verkünde:', 'Nach totes Material, nach der Geist, so in unserem Unternehmen...', 'KURMARK CIGARETTEN', 'SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG', '5P', and 'die Zigarette der neuen Epoche!'.

Anfrage gegen die Agrarier

Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Ernst Brandenburg

In der zweiten Lesung des preussischen Landwirtschaftsetats sprach nach dem Landwirtschaftsminister Dr. Sieger Abg. Ernst Brandenburg (Magdeburg) als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zu den Fragen der Landwirtschaft in einer groß angelegten, sehr wirkungsvollen Rede. Er sagte: Ganz mit Recht ist bei der Staatsberatung im Hauptauschuss mehrfach betont worden, daß die Frage der Erhaltung der deutschen Landwirtschaft weder eine parteipolitische, noch eine rein agrarpolitische, sondern eine allgemein nationalpolitische Frage ist und als solche gemertet werden muß. Aber es scheint durchaus nicht so, als hätten die Vertreter der Landwirtschaft draußen im Lande in vollem Umfang die Wichtigkeit dieses Satzes erkannt. Reichstagsabgeordneter Graf zu Stolberg-Berlinerode hat in seinem Aufruf „Heraus mit der Landwirtschaft aus der parteipolitischen Isolierung!“ hingewiesen, wo der Fehler deutschnationaler Agrarpolitik liegt. Graf Stolberg weist auch darauf hin, wie gefährlich es sei, andauernd die Öffentlichkeit mit unzutreffenden Behauptungen und Berechnungen über Leistungen, mit falschen Statistiken und Vergleichen zu füttern. Der Reichstagsabgeordnete Schlange-Schöningen trifft in seinem Buche „Landwirtschaft von heute“ recht beachtliche Feststellungen, aus denen zum mindesten hervor geht, daß ein erheblicher Teil der deutschen Landwirte sich falsch einstellt, indem man Hilfe allein von Reich und Staat erwartet.

Die deutschnationalen Vertreter der Landwirtschaft sind besonders groß in Forderungen und Schimpfen. Die Landbundeszeitungen und Landbundesblätter aber schließen den Vogel ab.

In Beispielen zeigte der Redner, was sich diese Kreise alles an Gemeinheiten und Fälschungen erlauben. Das soll der Ausfluß der bezweifelten Stimmung der deutschen Landwirtschaft sein, so wird behauptet.

Ist diese verzweifelte Stimmung berechtigt?

Ich sage: Nein. Wie sieht es denn in andern Bevölkerungsrichtungen Deutschlands aus? In der Geschäftswelt haben wir auch jenen müssen, daß infolge der Krise durch den verlorenen Krieg eine Unzahl von Geschäftsleuten, wie man so sagt, Robolz geschossen haben; beim Handwerkerstand haben wir es in genau demselben Ausmaß erlebt. Und bei der Arbeiterschaft? Dort laßt insbesondere in Verfolg der Nationalisierungsbestrebungen ein Druck auf der Arbeiterschaft in den einzelnen Betrieben wie niemals zuvor. Dabei die ständige Drohung der Arbeitslosigkeit.

An interessanten Beispielen zeigte der Redner, wie rentabel in gut geleiteten Betrieben gemitwirtschaftet wird. Es kann auch bewiesen werden, wie sehr die Verschuldung durch „Rechnungsmethoden“ zunimmt. Denn es liegt wirklich so, daß die Berechnungsmethoden für die Schuldensummen höchst ansehbar sind. Wie kommt es z. B., daß der Enqueteauschuss bei seinen Untersuchungen glatt an der Tatsache vorübergeht, daß zur deutschen Landwirtschaft auch einige Millionen Hektar Forstbesitz gehören, aus denen doch immerhin beträchtliche Ueberflüsse herausgewirkt werden.

Und nun zu den

Wirtschaftsmethoden der Bauern.

Ceramimann Rankiewicz sagt in seinen Ausführungen über die betriebswirtschaftliche Ungeheuerlichkeit der überwiegenden Mehrheit der landwirtschaftlichen Betriebsleiter folgendes:

Wieviel Betriebe gibt es in Deutschland, Kleinbetriebe, Mittelbetriebe und Großbetriebe, in denen der Betriebsleiter selbst seine Betriebe wirtschaftlich durchsichtigt hat, beherrscht und die Betriebsergebnisse ausgewertet im Kopfe trägt? Es mögen drei oder vier Duzend sein.

Das dürfte zweifellos die

vernünftigste Kritik an den landwirtschaftlichen Betriebsleitern

sein, die überhaupt in den letzten Jahren ein landwirtschaftlicher Sachverständiger ausgesprochen hat.

Ist wirklich nichts getan für die deutsche Landwirtschaft? Ich beweise auf die Zahlen, die der Minister über die Subventionen und Zuwendungen gegeben hat. Und das letzte Gesetzgebungswort im Reichstag, die Zollgesetze, war das nichts?

Die Klagen der Landwirtschaft über die schlechte Preisgestaltung, sind teilweise, vor allem beim Roggen, durchaus berechtigt. Wir sind auch durchaus zur Mitarbeit bereit, um Abhilfe zu schaffen. Dann müssen aber auch die Landwirte die Mißverhältnisse anerkennen, die für den Verbraucher bestehen! Für den Erzeuger niedrige Preise und für den Verbraucher hohe Preise, das muß aus der Welt geschafft werden. Dr. Brandes, der Präsident der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer, hat erst kürzlich festgestellt, daß die deutsche Landwirtschaft Produkte im Werte von 13 Milliarden Mark erzeugt. Für 4 Milliarden verbraucht sie selbst, Produkte im Werte von 9 Milliarden kommen in den Handel, und die Verbraucher haben 18 Milliarden für diese 9 Milliarden zu zahlen.

Es ist dann darauf hingewiesen worden, daß durch die forcierte Ausfuhr sich nichts anderes ergeben könnte, als daß so oder so der ausländischen Landwirtschaft durch Deutschland mit Hilfe der niedrigen Roggenpreise Hilfe geleistet wird. Es ergeben sich dann doch tolle Zustände, wenn in Dänemark mit Hilfe des deutschen Exports ein 10 Pfund Roggenbrot 80 Cere oder 90 Pfennig kostet, während in Deutschland für das viel schlechtere Brot in demselben Gewicht 2 Mark gezahlt werden müssen. Man geht damit um, den Brotpreis in Dänemark noch weiter zu senken, indem das 10-Pfund-Brot schon für 70 Cere zu haben sein wird. Das ist doch ein Zustand, der auch die deutsche Landwirtschaft schließlich zum Denken veranlassen mußte.

Aber was tun Sie (zu den Deutschnationalen) gegen diese Mißstände, gegen diese Mißverhältnisse? Sie sind doch nicht erst jetzt gestern und heute da. Was unternehmen Sie bezüglich der Absatzregelung und der Preisgestaltung? Das, was wir jetzt sehen, sind doch im günstigsten Falle erst Anfänge. Die Ueberproduktion ist durchaus nicht etwas, was man erst vor Wochen feststellen konnte, es ist schon seit Jahren zu beobachten. Da müßte doch die Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit sich dagegen wehren, daß Böden, die etwas anders herzubringen imstande sind, zum Anbau von Roggen benutzt werden.

Wenn ich

im Gebiet der Magdeburger Börde

gesehen habe, dem besten Weizen- und Zuckerrübenboden, und feststellen mußte, welche Flächen anstatt mit Weizen und Zuckerrüben mit Roggen bestellt waren, und wenn ich dann die Leute in den letzten Jahren immer wieder fragte: sollte es denn nicht möglich sein, das zu ändern, dann wurde mir gesagt: Das ist nicht möglich, wir müssen Roggen bauen als Reparation für die Arbeiter und müssen das auch wegen der Fruchtfolge tun. — Fern, das ist nicht richtig! Das Deputatoren kann auch auf andere Art und Weise beschafft werden, und die Fruchtfolgenfolge kann man auch in anderer Art vornehmen. Wenn man ausgerechnet auf diesem Boden eine Frucht anbaut, die wir schon im Ueberflusse in Deutschland haben, dann müssen die einretenden Folgen natürlich vorausgesehen werden können, und eine Besserung ist nicht abzusehen.

Nur sagte kürzlich eine führende Person der mitteldeutschen Landwirtschaft: es ist merkwürdig, unsere Bauern glauben immer besonders sehr an sein, wenn sie das Gegenteil von dem tun, was wir ihnen sagen. Wenn wir ihnen sagen, schickt in der

nächsten Zeit keine Schweine auf den Markt, dann kann man sich darauf verlassen, daß in der nächsten Zeit die Märkte knüppelbald mit Schweinen besetzt sind; und wenn man ihnen sagt: jetzt ist die richtige Zeit, schickt eure Schweine auf den Markt, dann kann man sich darauf verlassen, daß keine Schweine auf den Markt geschickt werden. Die Bauern tun das Gegenteil von dem, was man ihnen sagt.

Was die Milchpreise angeht, so ist mit Recht im Hauptauschuss darüber geklagt worden, daß die Milchpreise für den Erzeuger unverhältnismäßig niedrig sind. Dem stimmen wir zu. Aber es ist dann notwendig, daß von agrarischer Seite der Anstoß gegeben wird, sich möglichst viel von dem Preise, den der Verbraucher zu zahlen hat, zu sichern.

Bei den Kartoffelpreisen liegt es ähnlich. In den Städten sind ebare Kartoffeln nur zu einem Preise zu haben, der weit über dem jetzigen Durchschnittspreis liegt. Was geschieht in Deutschland überhaupt auf dem Gebiet der

Förderung und Regelung des Absatzes?

Ein Beispiel, wie beschämend und trostlos es dort aussieht! In derselben Unterredung mit führenden Personen aus der Landwirtschaft Mitteldeutschlands unterhalten wir uns auch über die Absatzfrage. Im Laufe des Gesprächs erkläre ich, es müßte doch möglich sein, in Verbindung mit der GGG, oder sonstigen Stellen den Absatz im Großen in stärkerem Maße zu organisieren. Da fragten mich die beiden Herren: Ja, was ist denn das, die GGG? Ich antwortete, das wissen Sie nicht? Das ist die Großverkaufs-gesellschaft. Und wieder fragten sie mich: Ja, was ist denn das?

Ist es nicht bezeichnend, daß Leute, die an der Spitze der Landwirtschaft stehen und eine große Rolle spielen, die sich doch ebenfalls über die Frage der Absatzregelung den Kopf zerbrechen sollten, nichts davon wissen, daß die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine die größte Verbrauchersorganisation in Deutschland ist, die den vierten, vielleicht sogar den dritten Teil des deutschen Volkes umfaßt mit seiner Unzahl von Warenverteilungspunkten? Das ist doch schließlich etwas, was man von führenden Personen verlangen kann, daß sie auf dem Gebiet Bescheid wissen.

Daß die deutschen Konsumvereine dänische Butter kaufen, dessen hat sich nicht die deutsche Genossenschaftsbewegung, sondern die deutsche Landwirtschaft zu schämen, die es verabsäumt hat, sich Absatzorganisationen zu schaffen und Qualitätsware zu liefern.

Jetzt endlich wird etwas Organisation in den Weizenabsatz gebracht, jetzt endlich findet man hier und da, wenn auch verbrämt, das Einverständnis zu dem erwarteten

Getreidemonopol

zum Ausdruck gebracht. Ist nicht der Widerstand gegen dieses staatliche Monopol in agrarischen Kreisen ausschließlich aus politischen Gründen zu erklären? Ist es nicht offenes Geheimnis, daß, solange Sozialdemokraten in der Reichsregierung und in der preussischen Regierung sind, die Deutschnationalen und der Reichslandbund gegen ein Getreidemonopol sind! Waren morgen Deutschnationale in der Reichsregierung und in der preussischen Regierung, kein Wort würde mehr gegen ein Getreidemonopol fallen. So liegt es!

Regeln Sie den Absatz und regeln Sie damit die Preise! Sie werden hierbei jederzeit die Hilfe und Unterstützung der großen

Konsumenten-Organisationen haben. Wir sind als Partei wie als Gewerkschaften durchaus bereit,

an einer bessern Preisgestaltung mitzuarbeiten und dem selbst arbeitenden Bauern nach Kräften zu helfen. Im Rahmen einer gesunden Wirtschaftspolitik, bei der Produzent und Konsument zu ihrem Recht kommen, werden wir uns in Bezug auf Landwirtschaftsfreundlichkeit von keiner andern Partei übertreffen lassen.

Wenn die deutschen Bauern und die deutschen Gewerkschaften zusammenständen, wären sie auch imstande, etwas für die Allgemeinheit des deutschen Volkes durchzuführen. Diese Ansicht teilen wir, nur ist sie in Landwirtschaftskreisen noch nicht verbreitet. Die heutige Einstellung der deutschen Landwirtschaft zur Arbeiterfrage kann man nicht anders als durchaus feindselig bezeichnen, und zwar gegenüber der Arbeiterschaft in jedem Fall und auch bei jeder Teilfrage des Gesamtgebietes.

Wie war es mit der Einführung der Arbeitslosenversicherung? Wie haben gerade Vertreter der Landwirtschaft landauf, landab gehetzt und geschimpft gegen die Arbeitslosenversicherung. Welche Mühe haben sie sich gegeben, um die Landwirtschaft selbst vom

Anschluß an die Arbeitslosenversicherung

abzuhalten? Trotzdem wurde nachher im Enqueteauschuss festgestellt, daß ein erheblicher Teil der Mißstände, der in der Arbeitslosenversicherung zu verzeichnen war, von kleinen und mittleren Landwirten begangen war, weniger von Arbeitern. Was würde heute ohne Arbeitslosenunterstützung sein? Welche Unruhe würde sich durch die übergroße Not ergeben, welche Beeinträchtigung des Marktes aber auch im schlechten Sinne, wenn wir die Arbeitslosenunterstützung nicht hätten! Die Landwirte säßen in noch viel größerem Maß auf ihren Erzeugnissen, als es heute der Fall ist.

Wie sieht es mit der

Arbeitslosigkeit des deutschen Landarbeiters

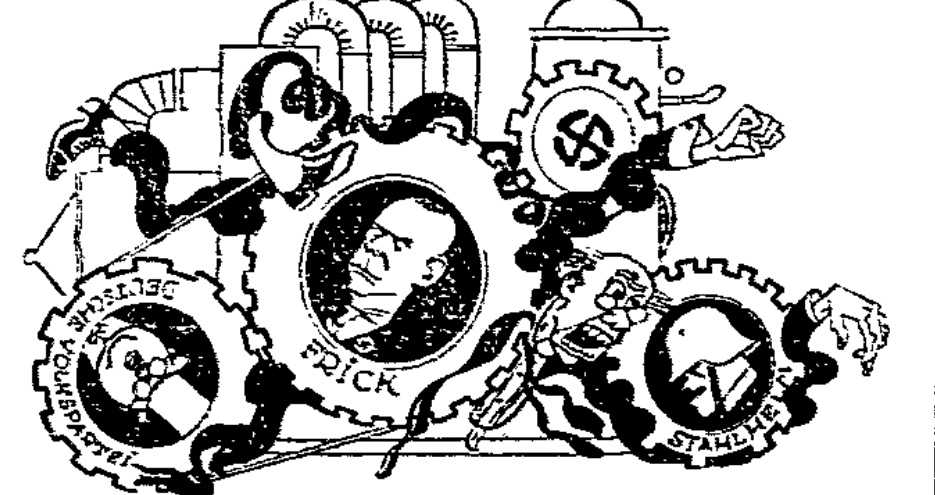
schon heute aus? Diese Frage ist sehr wichtig. Es gibt einige Millionen deutscher Landwirte. Es gibt aber in Deutschland auch einige Millionen Landarbeiter, die wir für genau so wertvolle Volksgenossen halten wie die Landwirte und von denen wir weiterhin der Auffassung sind, daß sie es eher nötig haben, daß man sich für sie einsetzt, als der größte Teil der deutschen Landwirte es nötig hat. Das ist die Wahrheit, auch wenn Sie (zu den Deutschnationalen) sie nicht gut finden. Genau so, wie die Einstellung der Agrarier zur Arbeitslosenversicherung war, genau so ist es mit ihrer Einstellung zur Ausländerfrage und genau so mit der Einstellung zur Hofgängerfrage und zum Entlassungsjcheinunwesen. Ich richte im Namen der preussischen Landarbeiter bei dieser Gelegenheit ein Ersuchen an den Minister: Helfen Sie mit, diesen Schandfleck auf dem Gebiet des deutschen Arbeiterrechts, genannt Hofgängerwesen, zu beseitigen! Sie werden sich damit ein Denkmal in den Herzen der deutschen Landarbeiter von ewigem Werte setzen. Es ist ein Standal, daß man einen derartigen Mißstand in Deutschland noch zu verzeichnen hat, daß man neben dem Lohnsclend, neben den Mißhandlungen, neben dem Wohnungselend auch noch

dieses System der modernen Sklaverei,

der modernen Sklaverei hat, wie wir es gerade in Ostpreußen und Pommern zu verzeichnen haben.

Die Landarbeiter haben ein Recht dazu, bezweifelungslos zu sein; diese Leute haben ein Recht dazu, zu jammern und die Hilfe des Staates zu verlangen. Der größte Teil der Agrarier aber, der so kräftig zu schreien versteht, hat dieses Recht nicht.

Friedtionen in der Thüringer Regierungsmaschine



Ein Studiendirektor geriet zwischen die Räder und Droht die Regierungsmaschine zum Stillstand zu bringen.

Die französische Regierungskrise Die Sozialisten fordern eine Linkregierung

Der herkömmlichen Tradition folgend hat der Präsident der französischen Republik Doumergue am Dienstag die Präsidenten von Kammer und Senat, die Vorsitzenden der großen Kommissionen und die Parteiführer empfangen, um ihre Meinung über die Nachfolge Lardieux einzuholen. Vor Mittwochabend wird er aber voraussichtlich den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht vergeben. Inzwischen hat Poincaré erklären lassen, daß er sich gesundheitlich noch nicht stark genug fühle, um das Amt des Ministerpräsidenten wieder zu übernehmen; er wolle sich noch einige Monate der Erholung gönnen.

Die sozialistische Kammerfraktion nahm am Dienstag eine Entschlieung an, in der es heißt, daß eine Linkregierung gebildet werden müsse. Die Sozialisten seien bereit, ein von den Radikalen gebildetes, ausgesprochenes Linkskabinett zu unterstützen. Die Franklin-Bouillon-Radikalen wünschen eine republikanische Linkkonzentration.

Bereitschaft der Radikalen

r. Paris, 19. Februar. In Erwartung der Entscheidung des Präsidenten der Republik über die Nachfolge Lardieux gefällt sich die Pariser Presse in den tollsten Kombinationen. Alles, was auch nur einigermaßen liebäugelt, verlangt selbstverständlich, daß Lardieux wieder beauftragt werden müsse, da, wie man mit Lardieux hinzusetzt, Poincaré noch nicht gesund genug sei. Man ist sich allerdings klar, daß die Wiederberufung Lardieux ein Verstoß gegen die Tradition der dritten Republik sein würde, die eine Ernennung eines Politikers aus der rechtlichen Opposition verlangt. Man glaubt jedoch, diesen Einwand mit dem Hinweis abtun zu können, daß Millerand diesen Verstoß schon einmal gemacht habe. Der radikale Parteiführer Daladier hat jedenfalls alles

erklärt, daß das entscheidende Mißtrauensvotum gegen Lardieux eine geschlossene Linksmehrheit zusammengebracht habe und daß daher diese Mehrheit die Regierung bilden müsse. Der Radikalen Partei als der stärksten Linkspartei falle die Aufgabe zu, die Führung der neuen Mehrheit zu übernehmen. Sie müße dies tun in gewisserhafter Erfüllung ihrer Wahlversprechungen, d. h. unter strengster Ablehnung einer Fusion mit den Rechtsparteien.

Der gleichen Ansicht gibt Léon Blum im „Populaire“ Ausdruck. Auch er erklärt, daß die Wiederberufung Lardieux nicht in Frage kommen dürfe. Die sozialistische Partei werde jedes rechte Linkskabinett energisch unterstützen, aber ein Kabinett, das die Interessen von rechts und links unter irgendeiner Verschleierung zusammenspannen wolle, werde auf energichste Opposition stoßen.

Man darf erwarten, daß der Präsident der Republik am Mittwochabend zunächst radikale Politiker, etwa Chaumemps oder Saaraut, zu sich berufen wird.

Sturm in der Sobranje

Als der Bauernparteiliche Radolow am Dienstag in Sofia in der Sobranje eine Anfrage über die bintigen Vorfälle bei den Gemeindevahlen begründete, entstanden endlose Sturmjahren. Abgeordnete der Regierungspartei stürzten sich auf den Bauernführer Radolow und den Bauernabgeordneten Baew und griffen sie tödlich an, so daß ein regelrechtes Handgemenge entstand. Erst als mehrere sozialdemokratische Abgeordnete sich zwischen die kämpfenden Parteien warfen, konnte dem Handgemenge ein Ende gemacht werden.

Der Vorfall zeigt, daß die blutigen Gemeindevahlen eine außerordentlich bedrohliche Spannung ausgelöst haben.

Notizen

Abenauer wieder Staatsratspräsident. Der Preussische Staatsrat wählte den Kölner Oberbürgermeister Dr. Abenauer wiederum zu seinem Präsidenten. Der Frankfurter Bürgermeister Graf (Sozialdemokrat) wurde zum 1. Vizepräsidenten gewählt.

Der Fried-Standal in Thüringen. Die Amtsenthebung des volksparteiilichen Schuldirektors Dr. Giesfert beschlagnahmt bereits das Kabinett. Der volksparteiiliche Staatsrat Bauer ist von dem Vorstand der Thüringer Volkspartei beauftragt, die Angelegenheit so oder so zu einer Entscheidung zu bringen. Vorläufig ist man jedoch noch zu keiner Einigung gekommen. Die Regierung besetzt sich heute abermals mit der Angelegenheit.

Verhaftung ausländischer Kommunisten in Griechenland. Die Polizei in Saloniki verhaftete am Dienstag zwei aus Rußland zugereiste Agenten, die sich im Besitz von umfangreichem bolschewistischem Propagandamaterial befanden. Darin werden die Arbeiter, Bauern und Soldaten u. a. für den 5. Februar bzw. 6. März zu bewaffneten Aufständen aufgefordert. In Athen soll der preussische kommunistische Landtagsabgeordnete Grube (Magdeburg) mit 5000 Goldmark in der Tasche verhaftet worden sein.

Fliegerbomben in Indochina. Der Pariser „Matin“ berichtet aus Indochina, daß sich die Aufständischen trotz der energichsten Verfügungen immer wieder sammeln und neuerdings einen erfolglosen Angriff auf die Crichast Team unternahmen. Sie seien jedoch jetzt von der Fliegeraufklärung entdeckt und mit Bomben belegt worden, worauf sie unter Verlust von etwa 50 Toten in die Flucht geschlagen wurden.

Mittwoch — Donnerstag
Freitag

Ausnahme-Preise

für getrocknete Früchte

in hochfeinsten Qualitäten

Pflaumen	sehr feine, mittelgroße	Hand	43
	höchste, sehr große (einreihend)	Hand	50
Ringäpfel	sehr feine Qualität	Hand	63
	höchste Extramasse	Hand	73
Apfelkuchen	sehr feine Qualität	Hand	115
Birnen	sehr feine Qualität	Hand	90
Pfirsiche	sehr feine Qualität	Hand	80

Waren-Verein G. b. H. S.

Mikrohet W

Der König der selektiven Fernempfänger!

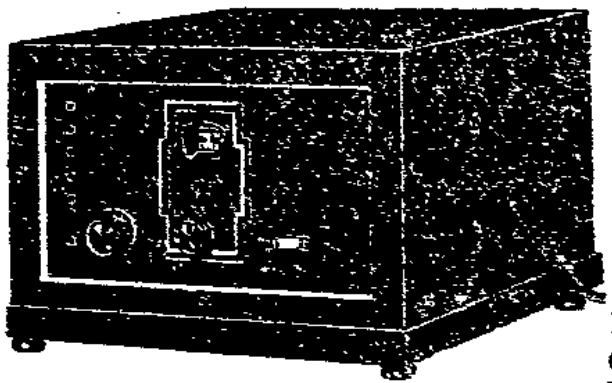
Das 6-Röhren-Netz-Rahmen-Gerät, welches den Ortssender radikal ausschaltet

Fernempfang der fernsten Stationen klar und deutlich in immenser Tonfülle

Absolutes Trennen sämtl. Stationen

heute das Wichtigste — morgen erst recht

Vollst. Stromversorgung aus dem Lichtnetz



W329

3-Röhren-Präzisions-Fernempfänger! Für Wechselstrom 110, 125, 220 Volt. Garantiert brummfrei.

Unerh. Trennschärfe. Fabelhafte Klang-Reinheit und -Fülle. Schallplatten-Verstärkung in höchster Vollendung — kein Blechgehäuse — Nußbaum Ausführung — beleuchtete Skala. Verlangen Sie Vorführung der Geräte von Ihrem Händler!

Staßfurter Licht- und Kraftwerke A.-G. Staßfurt



Billiger Seefischverkauf!

Blutreicher Seelachs ohne Kopf... Pfd. 25
Blutreicher Kabeljau ohne Kopf... Pfd. 30
Blutreicher Schellfisch ohne Kopf... Pfd. 30
Fischfilet ohne Haut und Gräten... Pfd. 50
Frische grüne Heringe... Pfd. 18

Otto Schulz, Fischhandlung

Eubenburg, Halberstädter Straße 110
Mühlh. Breiter Weg 230 — Sudau, Feldstraße 3
Bestellungen durch Fernsprecher Nr. 41976 werden prompt ausgeführt!

Berüchen!

sehenswerte, saubere, barackenhafte, liebliche Straßchen, Berühnenstraße 30, vorterr. Eingang Radhofstraße.

Leist die Frauenwelt!

Arbeitsmarkt.

Langhaarmode, f. vormittags geübt, u. nachts, Kurbsaal 4

Ein Sohn adäquater Eltern, welcher sich bei der Bäckerei-Handwerk zu erlernen, sucht Näherem.

Willy im Sichel, Weidm. 100, Ritterstr. 7

Rochbücher eintragen Hausbuch von 200 Mark

Dankagung.

Für die Beweise der Teilnahme sage ich allen Verwandten, Freunden und Bekannten meinen besten Dank. Besonderen Dank der Haushaltungs-Gemeinschaft Bendorf, den Kollegen der Nationalen Radiatoren-Ges. u. d. d. Schenker sowie Herrn Zuercher, die mich in der Kapelle und am Grabe.

Paul Suchen Bendorf.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unserer lieben Gertrud sage ich allen Verwandten und Bekannten aufrichtigen Dank, besonders den Kollegen und Kolleginnen der Kaffa a-Spinnerer und den Bewohnern des Hauses Morgenstraße 67.

Besonderen Dank auch dem Medner für die trostreichen Worte. Die Hinterbliebenen Familie Heinemann

Todesanzeige.

Nach längerem Leiden entschlief sanft mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwager- und Großvater, der Reichsherr

Heinrich Albrecht

im 61. Lebensjahr.
Bertha Albrecht und Kinder
Die Beerdigung findet am Donnerstag nachmittag 4 Uhr auf dem Eubenburger Friedhof statt.

Altstädter-Berlin Magdeburg

Am Montag den 17. Februar, 20 Uhr, erschießt nach ihrem Lebenswunsche der Leber ihrer Verwandten in der Schneiderwerkstatt

Bernhard Berns

im Alter von 54 Jahren.
Der Verstorbenen hinterläßt eine große Anzahl von Kindern und Enkelkindern.
Die Beerdigung findet am Donnerstag den 18. Februar, 10 Uhr, auf dem Friedhof des Westendhofs statt.

Reichsverband Deutscher Dentisten, E. V.

Reichsverband Deutscher Dentisten, E. V. 1930
Reichsverband Deutscher Dentisten, E. V. 1930
Reichsverband Deutscher Dentisten, E. V. 1930

ZENTRAL Theater

Wiener Blut

Operette von Johann Strauß

Nur Sonntag 4 Uhr, Samstag 2 Uhr, Montag und Dienstag 4 Uhr

Schneewittchen
mit den sieben Zwergen
dargestellt von
württembergischen Zwergen
Passe von 20 Pf. bis 2.00 M.

Stadttheater

Donnerstag, 26. Februar — 15 Uhr — Operette
Freitag, 27. Februar — 20 — 22.30 — 9. Abend

Ständchen der Liebe
Wollen, par von J. Weinberger

Klassiker

Beste Musik aus aller Zeit
Buchhandlung
Volksstimme



Das Beste und doch Billigste!

Echte Patentmaschinen
Mk. 51 — 48 — 38 — 28 — 20 —
Stahlstrahlmaschine von
Mk. 17 — 15 — 11.50
Anlagenersatz n. dreiteilig, mit Keil
Mk. 52 — 48 — 42 — 38 — 32 — 28 —
25 — 22 — 18 — 16 —
einfache von Mk. 12.50 an

Jedes gewünschte Maß binnen kürzester Frist
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung
Transport frei

Methanons Bruno Paris Hauptpost gegenüber
Breiter Weg 4



Wieviele Menschen gehen täglich durch Ihre Straße?

Ein paar tausend! Und wieviel davon mögen vor Ihrem Schaufenster stehen bleiben? Ein paar hundert?

Aber wieviel kaufen wirklich?!
Wenn Sie diesen Fragen auf den Grund gehen, stoßen Sie wahrscheinlich auf die Notwendigkeit, häufiger zu werben. Durch gute Inserate in einer guten Zeitung:
Werben Sie ständig in der „Volksstimme“

Stadthalle

Montag den 4. März 1930

Der Schlager der Saison:
die größte Redoute Magdeburgs

Große Überraschungen
Große Ballett-Einlage
gibt es nur bei der Stadthalle und dem
Schauspiel des Magdeburger Stadttheaters,
den die Fremden lieben.

Verkauft:
Kassabüchlein // Verkaufsstelle
Kassabüchlein am Markt-Wing-See

Das Mieterparadies und der Hauspasha

Deutschnational-kommunistische Hege gegen die Gartenstadt Reform Erbauliches aus „Tageszeitung“ und „Tribüne“

Zum Preussischen Landtag hat die deutsch-nationale Fraktion folgende kleine Anfrage an das Staatsministerium eingebracht:

Ueber die Gartenstadt-Kolonie Reform in Magdeburg heisst es in einer Zeitungsmeldung: Der Vorstand hat einen offenbar sehr bewährten und verdienstvollen Genossen als Wädemeister in die Gartenstadt hineingeführt und sämtlichen Mietern verkündet, daß jeder, der nicht regelmäßig bei dem Genossen Wädemeister kauft, eine Erhöhung der Miete in Kauf nehmen müsse. Wer also wagt, seinen Bedarf da einzubeden, wo er das für ihn Passende und Bestimmliche erhält, wird hierfür durch eine Miete-erhöhung bestraft. Wir fragen das Staatsministerium: 1. Ist die Gartenstadt-Kolonie Reform in Magdeburg eine gemeinnützige Genossenschaft? 2. Hat die Genossenschaft Hauszinssteuerbefreiungen erhalten? Wenn ja, 3. Ist das Staatsministerium bereit, der Genossenschaft zu erklären, daß die Hauszinssteuerbefreiungen zurückgezogen werden, wenn der Terror nicht sofort unterbleibt?

Die Deutschnationalen Partei, die zwar das Genossenschaftswesen der Landwirte fördert ohne Rücksicht darauf, wieviel Zwischen- und Kleinhändler dadurch ausgeschaltet werden, kann es durchaus nicht begreifen, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger der Städte das gleiche Recht für sich beanspruchen und als Mieter in den Baugenossenschaften ihr Geschick in die eigene Hand nehmen. Besonders verhasst sind ihr die Großrentner, die die gemeinnützige Bautätigkeit erreicht hat, auch deshalb, weil die Baugenossenschaftler durch ihre praktische Arbeit deutlich aufzeigen, daß es hier Formen der Gemeinwirtschaft gibt, die dem Hausbesitz an schaffender Kraft und Leistungsfähigkeit weit überlegen sind. Wächst doch in den Baugenossenschaften aus dem Teil der Miete, den der Hausbesitzer als Gewinn für sich verwendet, immer wieder Kraft heran, um Neues für die Mieterenschaft und den einzelnen Genossen im Wohnungsbau zu schaffen.

Die Deutschnationalen suchen ihre Anhänger in den Städten vor allem in den Kreisen der Hausbesitzer, und finden sie vielfach auch bei den kleinen Gewerbetreibenden. In ihrem Streben, in diesen Kreisen Wähler zu angeln, liegt ihre gehässige Einstellung gegen die Baugenossenschaft begründet.

Veranlassung zu der vorstehend abgedruckten Anfrage über die Gartenstadt-Kolonie „Reform“ gibt ein Artikel in der „Magdeburger Tageszeitung“, der sich unter der Ueberschrift: „Das Mieterparadies des Herrn Plumböhm“ mit der Gartenstadt-Kolonie „Reform“ und der im November herausgegebenen Mietermitteilung beschäftigt. Die Gartenstadt „Reform“ hat auf ihrer Siedlung drei neue Läden im Bau. Der Konsumverein und sechs Gewerbetreibende, darunter auch ein Wädemeister, haben bereits Geschäfte im Betrieb. Für die gemieteten Geschäftsräume sind hohe Mieten zu zahlen, die durch die gegenwärtigen teuren Bau- und Zinskosten notwendig werden. Außerdem ist ein Geschäftsaufschlag zu entrichten, den jeder Privathausbesitzer als besonderen Gewinn für sich verwendet, der aber in der Genossenschaft den Zweck der Allgemeinheit dient und allen Siedlungsbewohnern ihre Mietlast erleichtert. Der Beitrag der Geschäftsleute soll z. B. mithelfen, das im Bau befindliche Siedlungsbad zu unterhalten.

Kommt nun da ein pfiffiger Wädemeister auf den Gedanken, daß für ihn ein Geschäft zu machen sei, wenn er sich gegenüber der Gartenstadt-Kolonie „Reform“ ein Bretterhaus für billiges Geld errichtet und dort seine Ware anbietet. Während die Geschäftsleute auf der Siedlung ihre hohe Miete für einen soliden Hausbau zahlen müssen, hat dieser Wädemeister in seiner hölzernen Verkaufsstelle nur ganz geringe Inkosten zu zahlen und erwartet damit entsprechend hohe Gewinne. Mühte hier die „Tageszeitung“, die sich als Vertreterin des Mittelstandes aufspielt, nicht eigentlich für die Geschäftsleute einzutreten, denen auf solche Weise unlautere Konkurrenz gemacht wird? Aber es kommt ihr ja gar nicht auf die Rettung des Mittelstandes an, sondern es liegt ihr daran, dem Vorstandsmittglied der Gartenstadt, dem Sozialdemokraten Plumböhm, persönlich eine auszusprechen, obwohl sie genau weiß, daß dieser unter dem demokratischen Genossenschaftsrecht in Verwaltung und Genossenschaftsversammlung auch nur eine Stimme führt.

Die „Tageszeitung“ braucht auch den städtebaulichen Aufzug nicht zu sehen, der darin liegt, daß sich an den ausgebauten, mit Versorgungsleitungen versehenen, großen Aufschlingungsstraßen an der zunächst ungebauten Seite Breitenböden ansiedeln, die dann der weiteren Fortentwicklung des Wohnungsbau und der Ausnutzung der aus Gemeindefonds geschaffenen Verkehrsstraßen Grenzen setzt. Das Mädchen braucht auch nicht zu sehen, daß der Wohnungsbau, falls er überhaupt an solche Geschäftsbesitzer im Enteignungsverfahren herantritt, dann nicht nur den blanken Bodenpreis zahlen muß, sondern bei dem gegenwärtig geltenden Enteignungsrecht dem schlauen Erbauer auch den kapitalisierten Ertragswert des Geschäfts erstatten muß. Der Mieter kann aber die Folgen einer solchen Geschäftsbesitznahme nicht tragen. Damit ist die Behausung dieser Vorgesellen für absehbare Zeiten überhaupt unmöglich, und die häßlichen Familien, die auch die „Tageszeitung“ dem Magistrat immer wieder zum Vorwurf macht, werden in den neuen Siedlungen verankert.

Wenn die „Tageszeitung“ die Absicht hatte, die Interessen kleiner Geschäftsleute und der Gemeinde richtig zu setzen, so müßte die deutsch-nationale Anfrage an das Staatsministerium ungefähr so lauten:

Ist dem Staatsministerium bekannt, daß in der Gartenstadt-Kolonie „Reform“ in Magdeburg für sieben Gewerbetreibende Geschäftsräume in ordentlichen, massiven Häusern errichtet sind und daß diese dafür die entsprechenden hohen Mieten zahlen müssen? Ist weiter bekannt, daß bei dieser Siedlung ein Geschäftsmann einen Filialbetrieb in einem billigen Bretterbau errichtet hat und daß weitere Geschäftsbauten für Geschäftsbesitzer geplant sind?

Wir fragen: 1. Was gedenkt das Staatsministerium zu tun zum Schutze der in ihrer Existenz bedrohten Mieter der teuren Läden in ordentlichen Kaffeebauten? 2. Ist das Staatsministerium bereit, dafür zu sorgen, daß im neuen Städtebaugesetz Handhaben geboten werden, die es der Bauvollzieher und den Gemeinden ermöglichen, zu verhindern, daß neuerlichete Siedlungen für Geschäftszwecke von Geschäftsleuten umgebaut werden, die eine wirtschaftliche und städtebauliche gesunde Ausnutzung der geschaffenen Straßen für Wohnzwecke vereiteln?

Auf den weitem Inhalt des Artikels der „Tageszeitung“ hier einzugehen lohnt sich kaum. Mit der Hochachtung eigenen Geschäftlichkeit werden aus den Mietermitteilungen der „Reform“ Sätze aus dem Zusammenhang gerissen und wird ihnen ein Sinn unterlegt, den sie schon deshalb nicht haben können, weil sich kein Baugenossenschaftler so etwas von seiner Zeitung, die er alljährlich wählt, gefallen läßt.

Der „Tageszeitung“ will es gar nicht passen, daß es Baugenossenschaften gibt, in welchen die Genossen zeigen, daß sie ihre Siedlungen durch eine freiwillig gewählte, von der Rücksicht auf die anderen Genossen diktierte Ordnung zu guten sozialen und

wirtschaftlichen Erfolgen führen. Sie vertritt ja schließlich den Egoismus des Eigenbesitzes und kämpft auch gerade darum vergeblich gegen die genossenschaftliche Besitzform an Boden und Wohnung. Dieser Besitzform, die der Mieter sich aufbaut, und damit täglich neu beweist, daß der Gemeinwirtschaft die Zukunft gehört.

Die Tageszeitung schließt mit dem schönen Satz: „Es kann daher für alle vorwärtsstrebenden Elemente nur eine Parole geben: Kampf dem Sozialismus, Kampf nicht nur heute und morgen, sondern immerdar!“

Wer ihn liest, kann es verstehen, daß sich die „Tribüne“ begeistern läßt und zur Rettung der Privatwirtschaft gegen die genossenschaftliche Regie Sturm läßt unter der Ueberschrift: „Plumböhm als Hauspasha“. Dabei stürzt sie sich nicht etwa in geistige Unkosten, sondern übernimmt die Verdrehungen der deutsch-nationalen „Tageszeitung“ und fügt noch einige plumpere hinzu. Sie lügt der „Tageszeitung“ die 15 gekündigten Mieter nach. Schwindelt ihren tauenden Lesern vor, daß die Bauarbeiter den bösen Plumböhm bereits mehrfach vom Bau prügeln wollten. In rührender Verzerrung wird der Rat erteilt: „Es wird Zeit, daß die Genossen-

Neuer Gründungsstuf bei den Innungsstrankern

Bauarbeiter protestieren gegen Innungsstrankenkasse für das Baugewerbe

Die Magdeburger Innung der Mauer-, Zimmer- und Steinhauermeister ist seit Jahren bemüht, eine Innungsstrankenkasse für das Baugewerbe zu gründen. Ob damit die kranken Betriebe wieder aufgerichtet werden sollen, oder ob die große Zahl der schlechten Beitragszahler bei der Allgemeinen Strankenkasse gestrichelt werden soll, wurde noch nicht verlaubar. Leider haben die Proteste der Bauarbeiter die Innungsstranker noch nicht überzeugt. Der Kampf gegen die Gründung dieser Splitterkasse wird ausgetragen werden müssen. Die Satzungen, die im Jahre 1928 vorgelegt wurden, mußten vom Gesellenausschuß bei der Prüfung als ungenügend und nicht tragbar für die Bauarbeiter zurückgewiesen werden.

Die Innung hat trotzdem diese Vorlage zur Genehmigung eingereicht. Die Funktionäre der Baugewerkschaft haben in einer besonderen Versammlung diese Kassenzerpflückerung als Rückschritt bezeichnet und einstimmig beschlossen, den Kampf dagegen aufzunehmen. Eine Protestentscheidung wurde den maßgeblichen Behörden, den Abgeordneten des Reiches und Preussens und dem ADGB übermitteln, in der zum Ausdruck kam, daß die Bauarbeiter das Zutun im Innungsrecht bei der Gründung von Innungsstrankenkassen verlangen. Sollen die bei Innungen beschäftigten Arbeiter weiter mindern Rechte bleiben? Galt man nur die Industriearbeiter für reif bei so wichtigen Fragen und Entscheidungen in der Sozialversicherung mitzuwirken? Zur Bildung einer Betriebsstrankenkasse gebraucht der Unternehmer die Zustimmung der Arbeitnehmer. Die Innungen gebrauchten nach Gesetz und Recht heute noch bestenfalls den Gesellenausschuß zu hören, um dann mit der Neugründung die Arbeitnehmer beglücken zu können.

Die wir jetzt erfahren, hat die Innung eine neue Satzung beim Versicherungsamt eingereicht. Dem Gesellenausschuß ist diese neue Satzung nicht vorgelegt, er wurde auch nicht in Kenntnis gesetzt, daß sie eingereicht wurde. Die Satzungen von 1928 haben die Genehmigung der Ernährungsbehörden

schaffter diesen Diktator, der sich für sie zu einer Gefahr und einem Quälgeist auswächst, stützen.“

Verühige dich, Tribüne! Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder fassen einstimmig die Beschlüsse, die zur wirtschaftlichen Verteidigung der Genossenschaftszwecke nötig sind. In der Frage der Siedlungsgehalte ist die Anbahnung der Verwaltung vor der Handlung auch einer Mieterbefragung von rund 600 Siedlungsbewohnern vorgetragen und von dieser als genossenschaftliche Selbstverständlichkeit ohne Widerspruch gebilligt. Also auch die wenigen Kommunisten, die in der gesunden Luft der „Reform“ noch übriggeblieben sind, billigen die Maßnahmen der Verwaltung. Es wird also bestimmt nichts mit dem Anzetteln einer „Weltrevolution“ in der „Reform“.

Die Gartenstadt „Reform“ ist entwickelt in zwei Jahrzehnten Opferwilliger Arbeit von allen Genossen. Wenn auch die älteren Mitglieder mehr, so haben doch auch die jüngsten in unzähliger Arbeit am Gefüge dieses stolzen Genossenschaftsbauwerks mitgearbeitet. Einmütige genossenschaftliche Solidarität ist gemacht, daran ändert auch die menschlich selbstverständliche Erscheinung nichts, daß einige, weil sie das Zeug zum Genossen nicht in sich tragen, ausscheiden oder gar ausgeschneidern werden müssen.

Kraft ein deutsch-nationaler Geschäftsmann mit einer verunglückten Spekulation an dem Genossenschaftsgeist ab, so ändert sich an dieser Erscheinung auch dadurch nichts, daß die „Tribüne“ der „Tageszeitung“ als Bundesgenosse an die Seite springt zur höhern Ehre der Privatwirtschaft, die die Kommunisten wohl abschaffen wollen? Im festen Gefüge der Gartenstadt „Reform“ richten die Deutschnationalen mit ihren kommunistischen gedankenarmen Nachbetern bestimmt keinen Schaden an.

nicht erhalten, weil ihnen die Gleichwertigkeit mit denen der Allgemeinen Ortsstrankenkasse fehle. Der Nachweis der Gleichwertigkeit kann auch in den neuen Satzungen nicht erbracht werden. Das Baugewerbe ist stark der Konjunktur unterworfen. Eine Innungsstrankenkasse bringt für die Bauarbeiter die allerhöchsten Schädigungen. In keinem Gewerbe ist der Wechsel der Arbeitsstellen und damit verbunden auch der Wechsel des Unternehmers so stark wie im Baugewerbe. Die größeren Unternehmungen gehören der Innung nicht an, aber haben eigene Betriebsstrankenkassen. Diese Zerstückelung hat sich bereits so schwer schädigend ausgewirkt, daß auf weitere Eingriffe in die Krankenversicherung verzichtet werden muß.

Nicht nur bei den Leistungen tritt eine Schädigung ein, sondern auch bei der Verwaltung. Hier werden die Arbeiter voll um das Mitbestimmungsrecht gebracht. Die Mitarbeit an dem Ausbau einer Innungsstrankenkasse ist für die Arbeiter nicht einmal auf dem Papier gesichert. Die Magdeburger Bauarbeiter werden nicht zusehen, wie sie in der Krankenversicherung um Jahrzehnte zurückgeworfen werden sollen. Den maßgebenden Stellen sei zugerufen: Macht endlich dieser Kassenzerpflückerung ein Ende! Die Arbeiterkraft kann sich durch englische Unternehmer nicht die soziale Krankenfürsorge zerfalten lassen. Die Bauarbeiter fordern die Zurückweisung der Anträge auf Gründung derartiger Kassen. Sie werden, wenn diese Kassen trotzdem aufgezogen werden sollten, nicht stillschweigend diesen Streich dulden. Wenn damit auch Opfer verbunden sind, dann werden sie im Interesse der guten Sache aufgenommen. Es gibt Ortsstrankenkassen, die als gleichwertig anerkannt werden können, und den Innungsstrankenkassen mit ihren Leistungen weit überlegen sind. Wenn die Innung den Streit im Baugewerbe austragen will, die Bauarbeiter sind gerüstet und werden alle Maßnahmen treffen, um den Schlag auf die Einheitsstrankenkasse abzuwehren.

7 Monate zu Unrecht im Gefängnis

Rehabilitierung nach 3 Jahren - Opfer einer pathologischen Sünderin

25. November 1925, morgens gegen 4 Uhr. Ein D-Zug aus Richtung Leipzig lief auf dem Hauptbahnhof Magdeburg ein. Ihn entließen müde Reisende. Darunter ein Mädchen von 22 Jahren. Der Barsteal 1. und 2. Klasse war geschlossen. Drum ließ sie sich an einem Tisch im Barsteal 3. und 4. Klasse nieder. Ungefähr 15 Minuten später wollte sie ihre Fahrt nach Hamburg fortsetzen. Ihre beiden Kofferchen neben sich stellend, schloß sie ein.

Da merkte sie plötzlich — wir geben inhaltlich ihre Aussage wieder, die sie vor Gericht machte —, wie sich zwei Hände auf ihre Schultern legten. Sie sah erschrocken auf und blickte einem Herrn ins Angesicht. „Machen Sie kein Aufsehen. Folgen Sie mir unauffällig, ich bin der oberste Leiter der Sittenspolizei. Sie haben etwas Schwerveres begangen.“ Sie folgte ihm. Auf der Gepäckaufbewahrungshalle gab sie ihre beiden Koffer ab. Er fuhr auf der Straße und sie die Bestimmung, den angeblichen Beamten nach einem Ausweis zu fragen. Der suchte nach seiner Marke. Klüglich fiel ihm ein, daß er gar nicht im Dienst war. Aber der Fall interessierte ihn. Sie machte mitkommen, er will sie seinem Kollegen übergeben.

Damit sie ihm nicht entfliehe, mußte sie ihm ein Pfand geben. Sie reichte ihm den Gebührenschein, die Fahrkarte nach Hamburg und einen fünfzigmarkigen Schein. Dann gingen beide durch menschenleere Straßen und Gassen. Vor einem Häuschen in einer engen, dunkeln Straße blieben sie stehen. In das Haus gingen sie hinein, eine Treppe hoch.

„Nimm, nehmen Sie Platz“, nötigte der Herr, in einer Stube angelangt. Sie legte ihr Köntelchen ab. Da zog der Herr ein Taschentuch hervor und preßte es ihr unter der Nase entlang. Ein — nach ihrer Schilderung — chloroformartiger Duft stieg ihr auf. Unbemerkt, griff sie nach ihren Händen, die auf einem Tischchen lagen, und ließ die Treppe hinunter.

Folgte kam auf ihre Anzeige hin, holte den Herrn ab. Ihn wurde der Krampf gemacht.

Der Angeklagte gab von der Sache mit dem Mädchen folgende Schilderung:

„Ich wollte an dem tragischen Morgen noch Vorlesungen halten. Zu früh kam ich auf dem Bahnhof an. Ich guckte in den Barsteal hinein. Da sah ich eine junge Dame sitzen. Wie die Mädchen der Straße es zu tun pflegen, winkte und blinnte sie mir zu. Als Junggestalt zeigte ich mich zu ihr. Sie erzählte mir, Zahnarzt zu sein. Sie sei müde und könne erst um 11 Uhr nach Hamburg weiterfahren. Da bot ich ihr an, mit mir mitzukommen. Sie konnte sich in meinem Zimmer ausruhen. Wir gingen in meine damalige Wohnung. Ich war ihr behilflich beim Ausziehen ihres Köntelchens und ließ sie frei, sich auf das Kofferchen oder in mein Bett zu legen. Da sagte sie: „Das kostet aber 30 Mark.“

Daraufhin gab ich ihr einen Rameil, bebautete ihr. Sie sollte sofort mein Zimmer verlassen, denn mit einer solchen Fremdenperson wollte ich nichts zu tun haben. Schimpfend verließ sie mein Zimmer und lief nach von der Treppe aus zurück: „Du warst, das werde ich dir anstreichen!“ Und dann kam es zu der Verhaftung.

Der Angeklagte, der Techniker Gustav Hofmann, genannt Wiskoff, aus Magdeburg, wurde wegen

Anteismannschaft, Freiheitsberaubung und Betrugs zu 1 Jahr und 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Das geschah am 3. April 1927 durch das Schöffengericht in Magdeburg.

Also: dem Mädchen wurde geglaubt, der einzigen Tatzeugin. H.-V. legte gegen das Urteil Berufung ein. Er fühlte sich ungeschuldig. Seine Angaben seien die richtigen. Doch seine Berufung wurde am 26. August 1927 verworfen. Es blieb also auch neben der Freiheitsstrafe, bei der noch nicht erwähnten Überkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren.

Der Verurteilte setzte alle Gebel in Bewegung, um seine Anschuldigung zu beweisen. Gefängnisdirektion und Oberstaatsanwalt unterzeichneten sich für den Fall. Der Oberstaatsanwalt verfügte — nachdem H.-V. über 7 Monate abgeessen hatte — seine Entlassung zur Durchführung des Reineidsverfahrens gegen die damalige Hauptzeugin, die alles, als einzige Tatzeugin, auf ihren Eid genommen hatte.

Der Reineidsprozeß gegen die einzige Zeugin
Ihm. Ihre Schilderung, die sie dem Gericht edlich gab und wodurch die Verurteilung des H.-V. erfolgen würde, sei falsch und aus dem Grunde seien ihre damaligen drei Eide Reineide gewesen. Das stellte auch das Magdeburger Schwurgericht fest und beurteilte die Angeklagte wegen fahrlässigen Falschweides zu 6 Monaten Gefängnis.

Kun verlangte H.-V., der also zu Unrecht verurteilt worden war, und über 7 Monate der ihm judizierten Strafe verbrühen mußte.

das Wiederannahmeverfahren
an. Das fand jetzt am 12. Februar 1930 vor dem Schöffengericht in Magdeburg statt. H.-V. wurde nunmehr freigesprochen. Auch der Staatsanwalt verlangte dem Freispruch und Freigang der Kohlen durch die Staatskasse. Damit kann Hofmann-Wiskoff als rehabilitiert gelten. Abgesehen von dem Schaden, der ihm durch die zu Unrecht verhängte Strafe entstanden ist.

Augenzeugen der Tat waren nur Hofmann und das Mädchen. Was sich an jenem Tatmorgen abgespielt hat, das weiß außer den beiden kein anderer Mensch. Zwei Gerichtsschöffen haben gesagt: „Madel, deine Aussagen sind richtig.“ Zwei weitere Gerichtsschöffen haben nochdem gesagt: „Nein, Hofmann, deine Aussagen sind die richtigen.“

Welches aber sind in Wirklichkeit die richtigen?
Der Hofmann zu Unrecht 7 Monate verbrühen müssen? Wurde das Mädchen ungeschuldig 6 Monate ins Gefängnis geworfen? Die Urteile, die nach bestem Wissen und Gewissen, gefällt wurden, können maßgeblich sein. Daß es also Reineide gibt, beweisen diese Prozesse; denn eine der vier Gerichtssitzungen hat einen Freispruch gefällt.

Bei dieser schwer zu entscheidenden Frage kann man auch schädel die Verantwortlichkeit der beiden Kläger heranziehen. Beide sind nämlich erheblich bestraft. Betrügertaten haben sich beide bereits schuldig gemacht.

Wird aber, wie das durch den gerichtsschöffenabhängigen Arzt Dr. Geseke, jetzt im Wiederannahmeverfahren geschehen ist, das Mädchen als eine pathologische Sünderin erklärt, der man vor Gericht nichts mehr glauben kann, dann dürfte das obige Urteil im Wiederannahmeverfahren — der Freispruch Hofmanns — das richtige sein. Dafür spricht auch die

Aus Mitteldeutschland

Ein Kursus der Arbeiterwohlfahrt für den Kreis Neuhaßensleben.

Am Sonnabend und Sonntag wurde für den Kreis Neuhaßensleben erstmalig ein Wochenendkursus der Arbeiterwohlfahrt in Eilsleben veranstaltet, zu dem 21 Ortsvereine aus dem südlichen Teile des Kreises 17 Genossinnen und 22 Genossen als Delegierte und Gäste entsandt hatten. Nach kurzen Begrüßungsworten des Genossen Klemmer (Neuhaßensleben) wurde am Sonnabend vom Genossen Preuß (Neuhaßensleben), dem Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes, über „Die Organisation eines Kreiswohlfahrtsamtes“ und anschließend über „Das Reichsjugendwohlfahrtsgejetz“ referiert. Die rege Aussprache war ein Beweis dafür, daß mit den Vorträgen einer längst bestehenden Kommandierstelle Rechnung getragen worden war. Für freies Nachquartier hatten die Eilsleber Genossinnen und Genossen in anerkannter Weise gesorgt.

Am Sonntag früh um 8 Uhr versammelten sich alle Genossinnen und Genossen wieder im Tagungslokal, wo nun vom Genossen Klemmer (Neuhaßensleben) über „Die Krankenversicherung“ referiert wurde. Den Ausführungen folgte eine rege Aussprache, so daß es nicht mehr möglich war, noch das weitervergeleitene Thema „Invalidenversicherung“ zu behandeln. Um 11 Uhr wurde dann vom Genossen Kuno (Neuhaßensleben), dem Leiter der Arbeitsamtnebenstelle Neuhaßensleben, über „Die Arbeitslosenversicherung“ referiert. Alle Genossinnen und Genossen die diesen Vortrag gehört haben, werden wohl noch mehr als bisher davon überzeugt sein, daß alle Mittel und Gebel im Interesse der Arbeiterwohlfahrt in Bewegung gesetzt werden müssen, um dieses Gesetz nicht nur zu erhalten, sondern noch weitgehend zu verbessern und Verschlechterungen wieder auszumergen. Nach einer kurzen Mittagspause referierte Genosse Klemmer (Neuhaßensleben) noch über die wichtigsten Bestimmungen der Fürsorgepflichtverordnung, wobei er besonders einging auf die Reichsgrundzüge über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge. Viele Anmerkungen der Kursteilnehmer zeigten, wie wichtig es war, alle diese Fragen durchzusprechen. Um etwa 1/5 Uhr wurde der Wochenendkursus geschlossen.

Bei dieser ersten Veranstaltung der Arbeiterwohlfahrt dieser Art trug dazu bei, unsere Genossinnen und Genossen über die bestehenden Einrichtungen der öffentlichen Wohlfahrt und insbes. über die Anwendungsmöglichkeiten der besprochenen Sozialversicherungs- und Wohlfahrtsgejetze aufzuklären, so möge sie sich auch dahin auswirken, daß in allen Gemeinden des Kreises, wo heute noch keine Arbeiterwohlfahrtsgruppen bestehen, innerhalb der nächsten Zeit solche ins Leben gerufen werden. Deren wichtigste Aufgabe muß es alsdann sein, darüber zu wachen, daß die bestehenden Sozial- und Wohlfahrtsgejetze zum Wohle aller Volksgenossen auch in der kleinsten Landgemeinde richtig angewandt werden.

Bautenkontrolle

Aus der Baugewerkschaft Neuhaßensleben.

Zahlreich waren die Kollegen in der Februarversammlung erschienen. Zuerst erledigte Kollege Gollburg den geschäftlichen Teil. Die Mitgliederzahl der Bezirksabteilung ist auf 800 gestiegen. Die Beitragsleistung ist prozentual besser als im Reichsdurchschnitt. Verhandlungen vor den Gerichten über rückständige Löhne, zu Unrecht Entlassener usw. haben zu guten Ergebnissen geführt. Der Kassenbericht der Haupt- sowie der Ortskassen und der Jahresabschlussbericht wurden zur Kenntnis genommen. Den Bericht von der letzten Vertreterversammlung, die von allen gewählten Delegierten besucht war, gab ebenfalls Kollege Gollburg.

Heber die Baukontrolle referierte dann Kollege Sobenstern. Im Jahre 1928 wurden 52 Bauten befristet, im Jahre 1929 schon 195. Trotzdem werden die Bauarbeitenbestimmungen und die Unfallverhütungsvorschriften noch nicht überall genügend beachtet. Bei Nichtbeachtung der Bestimmungen durch den Unternehmer ist es sofort

dem Bautenkontrollleur mitzuteilen.

Einzelne Unfälle wurden besprochen. Bei Gerichtsverhandlungen muß darauf geachtet werden, daß auch Arbeitervertreter zugelassen werden. Nur dann besteht die Möglichkeit, die Ursache des Unfalls reiflich aufzuklären. Ebenfalls muß darauf geachtet werden, daß aufzuführende Bauten der Ortspolizei gemeldet werden. Es ist, nachdem der Bericht in der „Volkstimme“ veröffentlicht wurde, etwas besser geworden. Gleich am anderen Tage haben einzelne Orte, darunter auch die Stadt Neuhaßensleben, ihre Bauten der zuständigen Behörde gemeldet.

Nach diesen Ausführungen folgte ein Bericht von dem Wochenendkursus am 1. Februar in Jena. Besonders interessierte die Einstellung der Gewerbetreibenden bei Beschäftigungen von Betrieben. Es hat den Anschein, als ob die Gewerbetreibenden in den Betrieben kommen, um zu lernen, wie die Fabrikation vor sich geht. Kollege Langhammer schilderte eine solche Beschäftigung eines Gewerbetreibenden in einem Neuhaßensleber Betrieb. Der Gewerbetreibende habe sich für alles interessiert, nur nicht für die Bestimmungen des Arbeiterschutzes und der Unfallverhütung und auch nicht für die sanitären und hygienischen Einrichtungen. Erst

als dieser Gewerbetreibende schon draußen war,

erzählten die Arbeiter seine Eigenschaften. So geht es natürlich nicht. Es wird Aufgabe der Gewerbeinspektion sein, die Gewerbetreibenden auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen. Kollege Gollburg wies noch darauf hin, daß sich die Zahl der Unfälle nicht verringert hat, sondern immer mehr steigt.

Den Kartellbericht gab Kollege Niemann. Die beabsichtigte Zellenbildung der „Nationalsozialistischen Arbeiterpartei“ muß verhindert werden. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist für solche Leute zu schade. Die Sprechstunden im Arbeitersekretariat sind von 11 bis 13 und von 16 bis 18 Uhr. Diese Zeiten müssen die Kollegen einhalten.

Zum Schluß wurde Klage geführt, daß wiederum einige Kollegen Heber und Sobenstern geleitet hatten, ohne den Vorstand zu benachrichtigen. Die große Zahl der Arbeitslosen läßt dies nicht zu. Ein Antrag, diese Kollegen mit 15 Mark zu bestrafen, fand einstimmige Annahme. Als Führer des Wochenendkursus über die Bauarbeitenbestimmungen am 1. März in Halle wurden die Kollegen Niemann und Sobenstern gewählt.

Eine Schularbeiter-Berufsstrafe

In der Zeitschrift für Gewerbebetriebe beschäftigten sich die Doktoren Reyer-Prodatis (Berlin) und Ernst Wolfheim (Berlin) mit einer leider nicht einschuldigspflichtigen Berufsstrafe der Schularbeiter. Seit langem war bekannt, daß die beim Anloffen beschäftigten Arbeiter in der Schularbeiterklasse und gefährdeter Hände und Unterarme bekommen. Die Ursache dieser Erkrankungen war nicht bekannt.

Nach den Vorlesungen des Aufsichtes handelt es sich um eine Erkrankung der Hautgefäße, der sogenannten Kavitären. Die Hautgefäße sind die feinsten Nerven, die den Übergang des Blutes von den Arterien in die Venen vermitteln und mit bloßem Auge nicht wahrnehmbar sind. Durch die dauernde Erschütterung können diese nun zu erkranken und zu den angegebenen Leiden zu führen.

Die Verfasser des Aufsatzes schlagen vor, Einrichtungen zu schaffen, welche die Erschütterungen an den Maschinen beseitigen und im übrigen die Arbeiter nur 4 Stunden mit dieser gefährlichen Tätigkeit zu beschäftigen. Ferner sollen die Arbeiter innerhalb dieses Betriebes die Tätigkeit wechseln.

Es kann dem Aufsatz nur darin gefolgt werden, daß unter dieser Art der Erkrankung in den Katalog der einschuldigspflichtigen Berufsstrafen aufgenommen wird. Dies kann nur so eher geschehen, als bereits ähnliche Erkrankungen, die bei Hochdruck- und andern Erschütterungsmaschinen auftreten, einschuldigspflichtig sind.

317 Sozialdemokraten in Provinzparlamenten

Als erstes Gesamtergebnis der am 17. November 1929 erfolgten allgemeinen Neuwahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften liegt die Verteilung der Provinzial- und Kommunalmandatsmandate vor, der vergleichsweise die Sitzverteilung bei den Provinzialparlamenten vom 29. November 1925 gegenübergestellt ist.

Nach der „Statistischen Korrespondenz“ haben sich die Abgeordneten ihrer Zahl nach in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Niederschlesien und Hannover 1929 gegenüber 1925 um zwei erhöht, so daß die Gesamtzahl der Mandate von 1161 auf 1159 gesunken ist. Die Mandatsverteilung hat sich nicht unerheblich geändert.

Von den politischen Parteien haben lediglich die Völkischen (1929 Nationalsozialistische Arbeiterpartei 59 Sitze gegenüber 12 Reichsvölkischen und 2 Deutschnationalen 1925), und die Sozialdemokratische Partei (317 Mandate gegenüber 802 namhafte Mandatsgewinne erzielt. Die Deutschnationale Partei hat 1929 auf eigne Listen 175 Sitze gegenüber 206 Sitzen erhalten, ferner zusammen mit der Deutschen Volkspartei 28 Mandate gegenüber 2, und weiter in Gemeinschaft mit dieser und den Völkischen 13 Sitze gegen 84. Die Deutsche Volkspartei vermochte ihren Mandatsstand gut zu behaupten (78 Sitze auf eigne Listen gegenüber 77), ebenso die Kommunistische Partei (99 Mandate gegenüber 98). Die Zahl der Zentrumsmandate ging von 238 auf 211 herunter, die der Demokraten von 50 auf 39, wozu 1929 auf gemeinsame Listen noch 4 Mandate zu zählen sind. Auf die Wahlvorschlüge der polnisch-katholischen Volkspartei sind in Oberschlesien jetzt 3 Mandate gegen 4 bei den vorigen Wahlen entfallen.

Die mehr wirtschaftlich eingestellten Parteien haben 1929 insgesamt 133 Mandate erhalten, und zwar: die Wirtschaftspartei 61, die Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei 23, die Deutsch-Hannoveraner und der Christliche Volksdienst je 12, der Hohenzollernische Bauernbund 4, die gemeinsame Liste dieser Parteien und die sonstigen unpolitischen Listen 21 Mandate. 1925 hatten dagegen die Wirtschaftspartei nur 28, die Bauernbünde und die andern Bauernparteien 17, die jetzt aus den Provinzialparlamenten völlig verschwundenen Aufwertungsparteien und Sparverbände 14 Sitze, die Deutsch-Hannoveraner 1 Sitz, und die gemeinsamen Listen dieser Parteien und die sonstigen unpolitischen Wahlvorschlüge 31 Sitze, insgesamt also 91. Die Deutsch-Hannoveraner hatten damals zumiß für die mit den Völkischen, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei gemeinsam aufgestellte „Vereinigte Hannoverische Landtagsliste“ gestimmt.

Stadtparlament Salzelmen

Zu der ersten Stadtbürgerordneten-Sitzung im neuen Jahre führte Ratrat Vog den sozialdemokratischen Beigeordneten Hofmann, die sozialdemokratischen Ratsherren Michaelis, Bishoff und Jode sowie den Bürgerlichen Salomon ein. Der Ratrat sprach auch den Dank der Regierung aus für die wirksame Arbeit der Stadtbewaltung, die jahrelang ohne die Führung eines Bürgermeisters geleitet wurde.

Beigeordneter Hofmann hat nunmehr die Leitung der städtischen Angelegenheiten übernommen. Große Probleme für die Stadt hatten der Erledigung. Der Etat muß aufgestellt werden. Die Verhandlungen für ein größeres Wohnungsbauprojekt müssen zu Ende geführt werden. Die Eingemeindungsfrage wird eine große Rolle spielen. Die Bürgermeisterwahl harrt der Erledigung. Der Bau eines Schwimmbades ist zwar geplant, wird aber wegen zu geringer finanzieller Mittel noch zurückgestellt werden müssen.

Die Wasserwerkstätte hat einen Rohüberfluß von 12 564,04 Mark gebracht. Für Berufsbeiträge sollen je 3,5 Prozent vom Gewerbesteueral und Gewerbebeitrag erhoben werden. Ein Dringlichkeitsantrag des Magistrats verlangte etwa 2000 Mark, um den hilfsbedürftigen 2 Zentner Kohlen geben zu können. Ein Dringlichkeitsantrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes forderte 10 000 Mark zu einer einmaligen Unterstützung der Erwerbslosen. Die Fraktion der „Freien Bürger“ versuchte durch allerhand Beschwörungen die Arbeiten der Sozialdemokraten in der Gemeinde zu hemmen. Sie mußten sich jedoch vom Beigeordneten Hofmann eines andern befehlen lassen. Die „Freien Bürger“ haben erst noch zu beweisen, ob sie mitarbeiten oder bloß nörgeln wollen.

Beschäftigung ausländischer Landarbeiter

Nur nach reiflicher Prüfung.

Mit Zustimmung des Reichsrats und nach Anhörung des Verwaltungsrats für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Reichsarbeitsminister bestimmt, daß im Jahre 1930 insgesamt für

109 000 ausländische Landarbeiter

die Genehmigung zur Beschäftigung erteilt werden darf. In jenem Erlaß erucht der Reichsarbeitsminister, dafür zu sorgen, daß die Notwendigkeit, ausländische Landarbeiter zu beschäftigen, in jedem Einzelfall mit besonderer Sorgfalt geprüft wird. Insbesondere dürfen landwirtschaftliche Betriebe, die deutsche Landarbeiter entlassen und solche Landarbeiter nicht wieder eingestellt haben, ausländische Landarbeiter in der Regel nicht erhalten, jedenfalls nur dann, wenn eindeutig nachgewiesen wird, daß deutsche Landarbeiter tatsächlich nicht zur Verfügung stehen.

Die der „Amtliche Preussische Presse“ mitteilt, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung angewiesen, nachdrücklich dafür einzutreten, daß die vorstehend erwähnte Anweisung des Reichsarbeitsministers genau durchgeführt wird. Das Bedürfnis nach ausländischen Arbeitern ist grundsätzlich für diejenigen Betriebe zu verneinen, die inländische Arbeiter entlassen haben, ohne die gleiche Anzahl inländischer Arbeiter wieder einzustellen.

Nur wenn der einmündige Nachweis erbracht ist, daß alle Bestimmungen, einheimische Arbeitskräfte zu erhalten, gesichert sind, dürfen die staatlichen Vertreter in den Verwaltungsausschüssen der Bewilligung ausländischer Arbeitskräfte bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen zustimmen.

Der Minister für Volkswohlfahrt erucht in seinem Rund-erlaß die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten, die Landräte anzuweisen, der Entlassung einheimischer Arbeitskräfte auf dem Lande ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden und über Entlassungen, die über den normalen Wechsel an Arbeitspersonal hinausgehen, zu berichten.

Gelddiebstahl in Osterburg

Dem Landwirt D. aus der Kellertstraße in Osterburg wurden aus dem Glasjarsack in der Küche 170 Mark gestohlen. Der Tat verdächtig ist ein Reisender mit einem kleinen Koffer. Der demütlich Wäsche enthält. Er war über den Hof in die Küche gegangen und hatte dabei die beste Gelegenheit, die Gelasse zu durchsuchen, da die Tochter im Stall und der Besitzer ebenfalls abwesend waren. Bei seinem Fortgang sah ihn das Mädchen. Eine sofort aufgenommene polizeiliche Verfolgung war erfolglos, weil man zu seiner Personalbeschreibung nichts weiter erfahren konnte, als daß er etwa 40 Jahre alt sein mag und eine Hornbrille trägt.

Großfeuer in Wipetze

In Wipetze im Kreise Lützen brach beim Gassen-Feuer ein Feuer aus, das das Wohnhaus und die angrenzenden Stallungen vollständig einäscherte. Man nimmt Brandstiftung als Ursache an.

Groß-Ditterleben. Schutz der Badeanstalt. Die unter großen Opfern geschaffene Gemeinde-Badeanstalt an der Langenweddinger Chaussee ist auch im Winter das Ausflugsziel vieler Kinder und Jugendlicher. Leider nur zu dem Zweck, um Unfug zu treiben. Es sind wiederholt Feststellungen von Jugendlichen erfolgt, die auf die dünne Eisfläche große Steine werfen, die sinken und auf dem Grund im Sommer beim Baden zu einer Gefahr für die Besucher des Schwimmbassins werden. Die Eltern dieser Jugendlichen werden von der Polizei für den Schaden haftbar gemacht. Im öffentlichen Interesse liegt es, die Badeanstalt vor solcher Beschädigung zu schützen.

Schiffbruch. Herzschlag. Am Sonntag wurde in der Lorenfahrt des Amtsgerichts ein Pflegling der Arbeitsanstalt liegend vorgefunden. Im Flure des Amtsgerichts, wo man ihn hingebacht hatte, verstarb er an Herzschlag. — Nozucht. Ein Einwohner wurde wegen Verdachts der Nozucht verhaftet und dem Amtsgericht zugeführt.

Kogäh. Eine Habarie auf der Elbe hatte ein niederwärtiger Rahn, der mit Kali beladen war. Er fuhr in der Stärke auf eine Wassertiefe und rief sich hierbei ein Loch in den Boden, von 30 Zentimeter Durchmesser. Der Rahn wäre versunken, wenn nicht einige Schiffbauer von Kogäh und einige Schiffer von Rehnerz zu Hilfe geeilt wären. Auch der Dampfer Sagoma aus Magdeburg wurde angefordert. Mit Dampfmaschinen ging er an die Arbeit. Nach 22 Stunden war das Loch wieder dicht und der Rahn konnte seine Fahrt nach Hamburg fortsetzen. Das Wasser stand schon einen Meter tief in der Ladung.

RUND & FUNK

Neuer Rundfunksender Leipzig in Betrieb

Von der Oberpostdirektion Magdeburg wird mitgeteilt:

Der neue Bezirksender in Leipzig hat am 13. Februar die Ausstrahlung des mitteldeutschen Rundfunkprogramms endgültig übernommen, nachdem er in den letzten Tagen bereits wiederholt probeweise eingeschaltet worden war. Außer einmündiger Konstanthaltung der Sendewelle, die es ermöglicht, den Sender von seinen Wellennachbarn besser zu trennen als bisher, ist eine wesentliche Verbesserung der Modulation und eine etwa 25prozentige Zunahme der Bauhöhe gegenüber dem Erlassender bzw. dem alten Rundfunkender erreicht worden.

Bei dem neuen Bezirksender handelt es sich um einen von der Firma C. Lorenz AG. in Berlin aufgestellten fremderregten Röhrensender mit drei Stufen. In der ersten Stufe, dem Steuerender sind 1, in der Trennstufe 2 und in der Endstufe 8, insgesamt also 11 Senderöhren mit je 1 1/2 Kilowatt-Leistung vor-gelegen.

Programm der Sender Berlin und Magdeburg

Wellenlänge 418 bzw. 283 Meter.

Donnerstag, 20. Febr. 9. Schlußzeit. 15.20: Anna Kaptein: Mastenfreiheit. 15.40: E. Spitzer: Jugend ohne Heimat. 16.05: Zum Gedächtnis Carl Sonnenhagens. 16.30: Nikolai: Du. Die lustigen Weiber von Windsor. — Vorging: Holschuhant aus Jar und Zimmermann. — Grieg: Peer Gunt-Suite. — Mozart: Du. Die Entführung aus dem Serail. — Offenbach: Fantaisie aus „Hoffmanns Erzählungen“. — Kienzl: Volkslied aus „Der Coen-gelinn“. — Strauß: Die Sorgenbrecher. — Verdi: Triumpfmarsch aus „Aida“. 18. Das Geläch der Zeitkritik. 18.20: Jugendstunde. 18.50: Prof. Zsch: Kann Europa amerikanisiert werden? 19.15: Intermezzo der Woche. 19.30: Chorgesänge. Vier Vancabire-Lieder. — Der arme Rurad. — Der Dnjestr, ukrainisches Volkslied. — Scherchen: Ich bin das Schwert, ich bin die Flamme. 20.20: Monon man spricht. 20.30: „College Crampton“. Komödie von Gerhart Hauptmann. Anstl.: Zeit, Wetter, Danach: Tanzmusik.

Kleine und große Märkte

Städtischer Schlacht- und Viehhof in Magdeburg

Kartellbericht der Rotierungs-Kommission.

Antrieb am 19. Februar 1930.

635 Rinder, und zwar: 33 Schien, 126 Bullen, 373 Kühe, 163 Färsen, 23 Fresser, 635 Kälber, 30 Schafe, 304 Schweine. Seit dem letzten Markt dem Schlachthof direkt zugeführt: 41 Rinder, 38 Kälber, 174 Schafe, 297 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht.

I. Rinder. A. Schien:		Mark
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes		—
1. jüngere		—
2. ältere		48-53
b) sonstige vollfleischige		—
1. jüngere		44-47
2. ältere		35-40
c) fleischige		—
d) gering genährte		—
B. Bullen:		
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes		53-57
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		47-52
c) fleischige		41-45
d) gering genährte		—
C. Kühe:		
a) jüngere vollfleischige höchsten Schlachtwertes		46-50
b) sonstige vollfleischige oder ausgemästete		40-45
c) fleischige		32-39
d) gering genährte		26-31
D. Färsen (Kalbinnen):		
a) vollfleischige, ausgemästete höchsten Schlachtwertes		52-57
b) vollfleischige		47-52
c) fleischige		40-46
d) gering genährte		—
E. Fresser:		
Mäßig genährtes Jungvieh		42-48
II. Kälber:		
a) Doppeltender, bester Kopf		—
b) beste Kuh- und Saugkälber		68-78
c) mittlere Kuh- und Saugkälber		58-66
d) geringe Kälber		45-55
III. Schafe:		
a) Mastlamm und jüngere Mastlamm	1. Seidemast 2. Stadtmast	30-54 32-45
b) mittel e Mastlamm, ältere Mastlamm und gut genährte Schafe		32-45
c) fleischige Schafvieh		32-45
d) gering genährte Schafvieh		28-30
IV. Schweine:		
a) Fett Schweine über 300 Pfund Lebendgewicht		—
b) vollfleischige Schweine von etwa 200 bis 300 Pfund Lebendgewicht		72-79
c) vollfleischige Schweine von etwa 100 bis 200 Pfund Lebendgewicht		72-76
d) fleischige Schweine von etwa 150 bis 180 Pfund Lebendgewicht		70-74
e) fleischig Schweine unter 120 Pfund Lebendgewicht		—
f) Sauen		68-74

Marktwertung: mittelmäßig. Überhand: — Rinder — Kälber — Schafe — Schweine. Magdeburg den 18. Februar 1930. Der Vorsitzende der Rotierungs-Kommission. gez. H. B. W. Direktor des Schlacht- und Viehhofes.

Vereme und Versammlungen

Generalversammlung der Arbeiterlegler. In den Vorstand wurden gewählt Reumann, Gärberstraße 4, als Vorsitzender, und Reizner, Glienstraße 28, als Schriftführer und Kassierer. Das diesjährige Ausgehen der Gewerkschaft soll in Magdeburg am 18. Juli auf familiären Bahnen in Karlens Reglerheim in Budau stattfinden. Zum erstenmal werden an diesem Tag in Magdeburg Wagners weit über 100 Arbeiterlegler weilen, denn die dem Gau Bauernschaft angehörenden Bezirke Aschersleben, Braunshweig, Bremen, Hannover, Gildesheim und Magdeburg senden alle ihre besten zu diesen interessanten Sportkämpfen. Auch die Sportlegler werden

